

Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll zu TOP 2, 11, 36 A, Öffentliche Sitzung 36 B und 36 C

Hauptausschuss

87. Sitzung
17. März 2021

Beginn: 12.06 Uhr
Schluss: 19.06 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD);
zeitweise Andreas Statzkowski (CDU)

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Schreiben SenFin – II F 2 – vom 08.02.2021 3385
Haupt
- 1. Sachstandsbericht: **Verwendung nicht abgeflossener Mittel für Corona-Hilfsmaßnahmen aus dem sog. 500-Mio.-Paket des 1. Nachtragshaushalts 2020**
- 2. Zustimmung zur Entnahme aus der Rücklage gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021
(in der 85. Sitzung am 17.02.2021 zur Sitzung am 17.03.2021 vertagt)

- b) Schreiben Senat von Berlin – Fin II F – vom 04.03.2021 [3385 B](#)
Gesamtkonzept Soforthilfe 2021 zur Neuverteilung von insgesamt 500 Mio. € aus Mitteln für Corona-Hilfsmaßnahmen
1. Kenntnisnahme des Berichts
2. Zustimmung zur Entnahme aus der Rücklage
3. Antrag zur Aufhebung einer qualifizierten Sperre
zu 1. (Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 17.02.2021), zu 2. gemäß § 12a Abs. 3
Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021
- c) **Änderungsantrag der Fraktion der CDU** [3385 C](#)
(als Tischvorlage verteilt) Haupt

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird um die Anwesenheit der betroffenen Senatsverwaltungen gebeten; ich werde sie nachher noch einzeln begrüßen. Die Sprecherrunde hat sich darauf verständigt, die Maßnahmen 1 bis 15 der roten Nr. 3385 B einzeln zu beraten und abzustimmen. – Möchte der Senat vorab eine Stellungnahme zu den Vorlagen abgeben? – Herr Senator, bitte schön!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Danke schön, Frau Vorsitzende! Ich will es kurz machen und mich auf das neue 500-Mio.-Euro-Paket konzentrieren. Wenn es Zustimmung findet, gibt es dann also ein 500-Mio.-Paket für 2020 und ein 500-Mio.-Paket für 2021. Das drückt aus, dass es eine angemessene und starke Reaktion darauf gibt, dass die Krise länger dauert als ursprünglich angenommen.

Die grundsätzlichen Strukturen haben sich für uns insoweit verbessert, als wir in 2020 noch kein Bundesprogramm hatten. Das hat bei uns dann insbesondere zu der Soforthilfe II geführt, die für die vielen kleinen Betriebe und die Soloselbstständigen in Berlin eine Antwort beinhaltet. Alle zuständigen Verwaltungen haben – das war insbesondere die Wirtschaftsverwaltung in der Wirtschaftsministerkonferenz, es war aber auch mein Haus und ich als Person – über Wochen, zusammengezählt waren es zwei Monate, mit dem Bund darüber verhandelt, dass das in diesem Jahr anders wird. Das ist auch gelungen. Es heißt jetzt Neustarthilfe. Der Bund musste dem einen anderen Namen geben, sei es drum. Es zeigt sich, dass das Anlaufen dieser Neustarthilfe ganz gut funktioniert: Berlin hat dreimal so viel Anträge wie die anderen Bundesländer. Wir können sehen, dass auch die Auszahlungen schnell laufen; darauf haben wir großen Wert gelegt. In Berlin sind in Stückgrößen von zwischen 5 000 und 6 000 Euro – das ist also eine Dimension sehr ähnlich der Soforthilfe II, wie vieles – bereits 82 Mio. Euro ausgezahlt worden und bei den Betrieben und Soloselbstständigen angekommen.

Das Antragsverfahren dort lässt zu, dass Anträge nicht nur über Steuerberater gestellt werden, was sich in anderen Fällen gerade für die kleinen Betriebe als durchaus schwierig darstellt. Es können selbst Anträge gestellt werden. Das wird auch in großer Stückzahl gemacht.

Die Wirtschaftsverwaltung sieht vor, das, was jetzt Neustarthilfen heißt, auch um dieses Bundesangebot drum herumzustricken und das gezielt an bestimmten Punkten zu ergänzen; das kann dann noch dargestellt werden.

Also, erstens: 500 Mio. Euro. Zweitens: Wir verknüpfen es mit dem Bundesprogramm. Dadurch, dass wir das machen, ist es anders als im letzten Jahr auch möglich, die Bundesmittel effektiver einzusetzen. Ich mache darauf aufmerksam: Die 250 Mio. Euro, die im Vorjahr als Landesmittel in die Soforthilfe II geflossen sind, waren auch außerhalb des 500-Mio.-Pakets.

Ansonsten ist es so: Das Thema Soforthilfe im Sinne von Liquidität, Überbrückung ist das eine. Es ist aber auch das Thema: Wie kann ein Betrieb, wie können Wirtschaftssektoren wieder sinnvoll hochfahren und starten, wenn die Krise sich abschwächt? – Dazu haben wir auch ausgeführt. Es ist so, dass die Programme überwiegend darauf ausgelegt sind. Das Thema Unterstützung der Resilienz der IT-Infrastrukturen – dass wir das noch ein Stück weit ausbauen – haben wir gerade nach einem Gespräch, das es hier im Hause gegeben hat, noch mal stärker berücksichtigt.

Dem Thema Ehrenamts- und Vereinshilfen haben wir – finanziell – ebenso wie dem Thema Familienförderung eine große Bedeutung beigemessen. Bei der Familienförderung handelt es sich um eine durchaus gewichtige Position; das stellt eine Weiterentwicklung gegenüber dem Vorjahr dar.

Eine letzte Bemerkung zur Verstärkungsreserve: Wir sind da für Vorschläge offen. Das Thema Verstärkungsreserve heißt ja auch, dass sie zum Zeitpunkt, zu dem die Vorlage gefertigt worden ist, noch nicht belegt war. Ich will aber ein Beispiel nennen, wie sich diese Dinge entwickeln: Unmittelbar nachdem wir diese Vorlage gefertigt haben, hat der Bund seine Vorstellung zu einem sogenannten Härtefallfonds für Kleinbetriebe spezifiziert und besonders begründet. Er sieht da eine Kofinanzierung des Bundes von 50 Prozent vor. Zu den Mitteln, die auf Berlin entfallen – wir hatten ursprünglich gedacht, dass es da etwas weniger geben würde, deswegen haben wir in der Vorlage 20 Mio. Euro vorgesehen: Nach den jetzigen Vorstellungen des Bundes würden die Mittel, die in einer 50-Prozent-Finanzierung für Berlin vorgesehen sind, 37 oder 38 Mio. Euro umfassen. Das wäre also auch ein Kandidat, der für diese Verstärkungsreserve infrage kommt. Wir sind da aber offen. Wenn man das nämlich zum Beispiel anders macht und anders belegt, dann würden wir gucken, wo wir aus den Maßnahmen, die hier vorgesehen sind, eine Refinanzierung des Bundes kriegen. Dann könnten wir zum Beispiel Nachbewilligungen für eine Verstärkung des Härtefallfonds dann machen, wenn die Refinanzierung des Bundes eingegangen ist, und würden noch mal hier ins Haus kommen. – Das nur zur Logik, warum die Position da steht und was sich dahinter verbirgt. Das hat etwas damit zu tun, dass Themen gerade in einer Krise häufig auf Sicht gefahren werden. Ich glaube, es ist klar geworden, wie hier unserer Herangehensweise ist. – Frau Vorsitzende! Wir von der Finanzverwaltung stehen gerne zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Ich wollte die Einführung bewusst nicht allzu lang machen, weil die Fraktionen ja auch etwas sagen wollen und die Fachressorts da sind. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Herr Senator! – Ich habe diverse Wortmeldungen und fange mit Herrn Goiny an. Dann folgt Frau Meister. – Bitte!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank, Herr Senator! – Ich will für meine Fraktion sagen: Wir halten es nach wie vor für unabdingbar, dass Bund und Land weiterhin mit entsprechenden Hilfsmaßnahmen in der Pandemiebekämpfung unterwegs sind, sowohl was das Thema Gesundheitsschutz, Bildung, Digitalisierung, Wirtschaft betrifft als auch in Sachen Kulturhil-

fen. Wir wünschen uns auch, dass die Dinge auf Bundesebene effizienter und schneller bei den Betroffenen ankommen; das will ich für uns auch sagen. Auch hier können wir Kritik und Ungeduld nachvollziehen.

Wir sind gleichwohl der Auffassung, dass wir uns als Land Berlin nicht allein auf die Hilfen des Bundes zurückziehen können, sondern dass wir auch eigenes Geld in die Hand nehmen sollten, um die notwendigen Unterstützungsleistungen zu tätigen. Insofern haben wir als CDU-Fraktion bereits im letzten Jahr der weiteren Soforthilfe in Höhe von 500 Mio. Euro zugestimmt. Wir halten auch die weiteren Maßnahmen, die in 21 adressiert sind, im Grundsatz für richtig.

Was uns überrascht hat und was ich kritisch anmerken möchte, ist der Umstand, dass wir nicht davon ausgegangen sind, dass von den 500 Mio. Euro Soforthilfe aus dem letzten Jahr im Februar dieses Jahres noch 330 Mio. Euro übrig sind. Das deckt sich nach unserem Verständnis nicht wirklich mit dem Begriff Soforthilfe – jedenfalls haben wir dann ein anderes Verständnis von diesem Begriff. Wir gehen insofern davon aus, dass das, was heute noch einmal vom Senat in den unterschiedlichen Förderstrukturen adressiert wurde, auch wirklich sofort oder jedenfalls unverzüglich ausgezahlt wird. Um das sicherzustellen würden wir darum bitten, Frau Vorsitzende, dass wir zur Sitzung des Hauptausschusses Ende April einen Sachstandsbericht zur Umsetzung der hier adressierten Programme bekommen, damit wir ein Gefühl dafür haben, wie das jetzt tatsächlich gehandhabt wird. Das kann nach Einzelmaßnahmen aufgeschlüsselt werden, wie wir das jetzt auch im Bericht haben.

Ich will zu zwei Punkten, zu denen wir Änderungsanträge vorgelegt haben, gleich noch etwas sagen: Zum einen gab es schon im letzten Jahr Gespräche aus dem Umfeld des DEHOGA und der Hotels, die gesagt haben: Wir brauchen auch noch mal ein spezielles Förderinstrument, um unsere Einrichtungen über die Krise zu bringen, um weiterhin Personal zu halten und Ausbildung zu gewährleisten und dann, wenn es wieder möglich ist, am Start zu sein. – Wir finden nach wie vor, dass dieses Projekt sehr viel für sich hat, weil es ein darlehensfinanzier tes Projekt ist, was das Geld zumindest auf der Mittelstrecke wieder in die Landeskasse zurückbringt. Damit unterscheidet es sich in der Struktur schon mal von vielen Programmen, die wir hier ansonsten haben, denn auch wenn es vonseiten der IBB viele Förderprogramme gibt, die kreditbasiert sind, muss man kein Prophet sein, um zu prognostizieren, dass wir uns in absehbarer Zeit damit befassen müssen, ob und wie diese Darlehen überhaupt zurückgezahlt werden können, was in der Struktur dieser Hilfsmaßnahmen liegt. So war es sicherlich richtig, dass man zu Beginn der Pandemie sehr schnell mit Liquiditätshilfen, IBB-geförderten Darlehen operiert hat, aber wir sehen jetzt, dass viele Unternehmen, die Hilfen über die IBB bekommen, am Ende des Tages nicht in der Lage sein werden, diese zurückzuzahlen.

Das leitet auch schon ein bisschen über zu dem zweiten Antrag, den wir eingebracht haben. Viele Unternehmen werden am Ende der Pandemie, wenn es irgendwann gelingen sollte, die ganzen Beschränkungen des Lockdowns aufzuheben, kein Geld mehr auf dem Konto haben. Sie werden hoch verschuldet sein, sie werden Mietschulden und Schwierigkeiten haben, wieder an den Start zu gehen. Das wird zusätzlich die Frage in den Raum stellen, wie es dann möglich sein wird, die Kredite zurückzuzahlen. Ich prophezeite mal, dass wir uns im Laufe des Jahres damit noch werden befassen müssen.

Insbesondere für den Kulturbereich glauben wir aber, dass das, was der Senat vorschlägt, der falsche Weg ist, weil es hier gar nicht darum geht, auch nur bis Juni Überbrückungshilfen und weitere Soforthilfen zur Verfügung zu stellen. Vielmehr müssen wir doch ernsthaft die Lage erkennen – und ich wundere mich, dass das bei der Kulturverwaltung nicht auch so angekommen ist –, dass das ganze Jahr ein Jahr sein wird, in dem die Kultureinrichtungen in Berlin Unterstützung brauchen. Die sind für uns systemrelevant, weil Kultur neben den Bereichen des Tourismus, der Gastronomie, der Hotellerie und des Messegeschäfts zu unseren wirtschaftlichen Schwerpunkten und zu den Bereichen gehört, weswegen viele Menschen in die Stadt kommen. Mit dem Blick nur bis Juni schaffen wir keine Perspektive für den Sommer. Wir schaffen auch keine für den Rest des Jahres, und wir schaffen keinen Bewegungsraum für die Organisation von neuen Programmen und Projekten.

Das, was der Senat dagegensetzt, ist auch ein Mehr an Bürokratie auf der Verwaltungsseite, wenn man bestimmte Projektlinien operieren will – von „Draußenstadt“ bis was weiß ich, was man sich da alles ausgedacht hat. All das erfordert auch eine verwaltungsseitige Begleitung. Wir halten diesen Weg, insbesondere für die Kulturförderung weiter über die IBB Hilfen zur Verfügung zu stellen, für falsch. Das ist bürokratisch, aufwendig und kostet Geld – nämlich die Finanzierung von Steuerberatern.

Wir schlagen stattdessen vor, dass man für dieses Jahr, zumindest für das Ende des Doppelhaushaltes – und dann kann man das mit den Haushaltsberatungen im nächsten Doppelhaushalt entsprechend korrigieren oder wie man damit dann halt umzugehen meint – eine quasi analoge institutionelle Kulturförderung insbesondere für die Bereiche der Club- und Veranstaltungskultur, aber auch für den Bereich der Schaustellerei auflegt, damit die in die Lage versetzt werden, auch einmal ein Stück weit Veranstaltungen zu planen, damit sie ein bisschen Planungssicherheit haben, die nicht nur bis zum Juni reicht, und sie damit einen besseren Beitrag dazu leisten können, dass im Laufe des Jahres wieder ein Kulturangebot unterbreitet wird. Nach den Planungen des Senats wird es in den nächsten Wochen eine neue Runde geben, wo man dann von Juli bis – Fragezeichen – wieder Programme auflegen muss. Das erfordert noch einmal einen bürokratischen Aufwand, das ist noch mal eine Mühe für die Betroffenen, noch mal eine Zeitverzögerung für die Organisation von Programmen und am Ende kein Beitrag, der hier angemessen ist.

Wir haben insbesondere im Kulturbereich mit der Kulturförderung die Möglichkeit, so etwas zu machen. Da haben wir auch beihilferechtlich kein Problem. Wie Kunst- und Kulturförderung auch im Land Berlin – oder sagen wir mal Berlin-Brandenburg – gut funktionieren kann, hat uns zum wiederholten Male das Medienboard Berlin-Brandenburg gezeigt, die mit dem Kinoprogrammpreis sehr gut umgegangen sind, insofern sie nämlich die förderwürdigen Programmkinos genommen haben, den Kinoprogrammpreis einfach mal deutlich in der Summe erhöht haben und mit einer, wie ich finde, sachkompetenten, aber auch richtigen Vergabe des Kinoprogrammpreises einer Vielzahl von Programmkinos in dieser Stadt sehr unbürokratisch mit einer Finanzierung geholfen haben. Ähnliches wäre möglich, wenn man – das ist ja ein Punkt, den ich seit Jahren vorschlage, den der Kultursenator und das Musikboard aber immer abgelehnt haben – einen Clubkulturpreis gehabt hätte. Dann hätte man da genauso unbürokratisch verfahren können. Jetzt rächt es sich, dass man die Clubkultur da an der kurzen Leine gehalten hat und hier nicht so einfach in der Lage ist, etwas zu machen. Mit unserem Vorschlag hätte man aber jetzt zumindest ein Instrument, wie man an dieser Stelle wirksam helfen könnte. Deswegen gehen wir an diesen beiden Punkten, die ich gerade genannt habe, mit

den Finanzierungsvorschlägen des Senats nicht mit und stellen stattdessen unsere Änderungsvorschläge zur Abstimmung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Meister! Danach folgt Frau Dr. Brinker.

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Ich finde die vorgelegten 15 Punkte soweit eigentlich eine gute Richtung; wir werden den allermeisten zustimmen. Ich denke, es geht in die richtige Richtung, die Soforthilfe II, sage ich jetzt mal in Anführungszeichen, noch mal fortzusetzen. Daran schließt sich meine erste Frage an. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist bei der Berliner Variante der fiktive Unternehmerlohn möglich. Ist das jetzt immer noch der Unterschied zum Bund, dass das dort nicht geht? – Das wäre meine Frage zu Punkt 1. – Auch Punkt 2 finde ich richtig.

Bei Punkt 3 sind wir an der Ausführung hängengeblieben, dass es Förderaufschläge in Form eines Nachhaltigkeitsbonus geben kann. Mir ist es schwer gefallen, mir darunter etwas vorzustellen. Vielleicht kann mir das jemand erklären. – Auch der Kongressfonds – alles okay. Familienhilfen sowieso; darüber haben wir ausführlich diskutiert.

Wenn ich mich recht erinnere, gab es bei den ersten Runden immer die Frage, ob wir dort überhaupt gesetzgeberisch tätig werden können. Ich erinnere mich daran, dass es zwar schon mal einen Haushaltstiteln gab, dann gab es ein Gutachten und rechtliche Probleme, von denen ich jetzt hoffen würde, dass sie mit diesem Konstrukt der Familienhilfe gelöst sind. Das wäre aber noch mal meine Frage. – Die Punkte 7, 8 und 9 sind auch okay.

Zur Förderung des Tourismus: Auch das ist natürlich, langfristig gesehen, richtig, dass wir versuchen müssen, eine Art Anschubfinanzierung für das Tourismusmarketing sicherzustellen. Die Frage ist natürlich, und das haben wir auch beim Abfluss der Mittel bei dem letzten 500-Mio.-Paket gesehen: Ein Tourismusmarketingkonzept nutzt ausgesprochen wenig, wenn die Hotels gar nicht offen haben und Reisen nicht möglich sind. Da würde mich interessieren, wie Sie das zeitlich in Deckung bringen wollen. So richtig in eine Glaskugel kann keiner gucken, und trotzdem muss ich irgendwie vorher starten. Wenn ich dann aber das Geld in eine Richtung verpuffle, wo gar keiner reisen kann, ist es auch etwas unglücklich verlaufen. Da nur noch mal meine Frage, wie wir das am schlauesten aufstellen können.

Filmförderung, Clubs usw., das ist auch okay. – Ich muss gestehen, dass ich die Relevanz aller Kultureinrichtungen in Berlin sehr wohl sehe. Ich glaube aber, dass die Soforthilfe IV durchaus zielführend gewesen ist. Wir haben an Auflistungen immer wieder gesehen, an wen sie geflossen ist. Ich glaube, dass das ein sehr gutes Instrument ist. Den Ansatz der CDU, hier einen institutionellen Haushaltstitel einzurichten, der dann vergeben werden muss, würde ich nicht teilen. – Auch Luftreinigungsgeräte für die Kultur wären etwas, die jetzt gestarteten ersten Probelaufe in Kultureinrichtungen dauerhaft abzusichern und fortzuführen. Alle anderen Bereiche würden wir auch entsprechend mittragen.

Bei der Verstärkungshilfe wäre meine Frage: Wir haben landeseigene Unternehmen, die unterschiedlich von der Krise betroffen sind. Wohnungsbauunternehmen sind eher von etwas anderem betroffen, die Bäderbetriebe aber sind zum Beispiel stark von Corona betroffen, si-

cherlich auch die eine oder andere Kulturreinrichtung im Landeshaushalt. Wie ist geplant, damit umzugehen und die Probleme weiterhin zu lösen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Noch eine kurze Anmerkung: Das ist jetzt eine Art Miniaussprache. Ich möchte die politischen Leitungen der jeweiligen Häuser bitten, dass sie die Fragen, die sie betreffen, mitnehmen. Ich werde nachher die einzelnen Maßnahmen aufrufen, dann gibt es auch noch eine Möglichkeit der Wortmeldung. Ich denke, das ist dann auch die Gelegenheit, die Fragen zu beantworten. – Frau Dr. Brinker!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Grundsätzlich sind viele der aufgeführten Punkte absolut nachvollziehbar und auch aus unserer Sicht notwendig. Allerdings möchte ich trotzdem kurz voranschicken, dass die beste Hilfe für alle betroffenen Unternehmen aus unserer Sicht ein vernünftiges Öffnungsszenario sein kann und muss. Das liegt uns leider nach wie vor nicht vor.

Nichtsdestotrotz habe ich Fragen zu einzelnen Punkten, und zwar zu Punkt 3 – Berlin Invest: Da steht, dass Investitionszuschüsse von bis zu 30 Prozent der Investitionssumme übernommen werden. Das ist grundsätzlich erst einmal zu begrüßen. Ich frage mich aber, auf welcher Grundlage die 30 Prozent entstanden sind. Wenn ein Unternehmen schon extreme Schwierigkeiten hat, dann helfen dem wahrscheinlich auch 30 Prozent nicht richtig weiter. Deswegen die Frage: Wie ist das zu verstehen? Wie ist das geplant, und auf welcher Basis sind die 30 Prozent entstanden?

Ich konzentriere mich auf die Punkte, zu denen ich Nachfragen habe. – Punkt 5, Familienhilfen: absolut zu begrüßen. Da habe ich nur die Befürchtung, dass wir ein Verschwimmen dieser Hilfen haben, die coronabedingt jetzt natürlich stattfinden und gezahlt werden müssen, dass das dann aber nachher vielleicht – hoffentlich nicht – umgesetzt wird in reguläre Hilfen. Deswegen die Frage: Gibt es hier eine zeitliche Befristung? Wie kann sichergestellt werden, dass das tatsächlich nur coronabedingt als Programm existiert und nicht in eine reguläre Hilfe überführt wird?

Dann habe ich noch eine Frage zum Thema Resilienz der Infrastruktur im IT-Bereich, ein ganz großes, wichtiges Thema, dem wir absolut zustimmen. Wenn man sich die einzelnen Unterpunkte anschaut, ist das alles absolut zu begrüßen. Die Frage, die sich aber stellt: Wie können all die hier aufgelisteten Programme personell umgesetzt werden? Ist ausreichend Personal vorhanden, das in der Lage ist, die hier aufgeführten Programme so schnell und kurzfristig umzusetzen, dass sie auch tatsächlich helfen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Danke! – Herr Zillich! Dann folgt Herr Wesener.

Steffen Zillich (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an den Senat für die Vorlage! Das trägt der Entscheidung der Koalitionsfraktionen Rechnung, dass wir beim Thema Sofort- und Überbrückungshilfen, aber auch beim Thema Neustarthilfen auch mit dem zweiten Nachtragshaushalt noch mal einen Schwerpunkt gesetzt und 500 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt haben. Insofern verstehe ich die Vorlage des Senats aber auch als, ich sage mal, eine erste Tranche, weil die Mittel aus dem ersten 500-Mio.-Programm nicht ausgeschöpft sind, sondern da noch einiges dabei ist. Ich weiß, dass es noch Vorstellungen und Bedarfe in den Fachverwaltungen gibt, die dann sicherlich in einer zweiten Tranche nach Prüfung ermöglicht werden.

Wir begrüßen insbesondere die Neustarthilfe, also nochmal das gezielte Adressieren von Kleinstunternehmen und Solosebstständigen. Wir müssen nicht darüber reden, dass genau die in dieser Krise besonders hart getroffen worden sind und im Umgang mit genau dieser Zielgruppe ein großes Defizit der Bundesförderung liegt. Wir wissen auch, dass sie in Berlin eine besondere Bedeutung haben, deswegen verstehe ich das, was hier unter Neustarthilfe gefasst ist, als ein gezieltes Programm, um die Möglichkeiten der Bundesförderung in Bezug auf diese Zielgruppe so weit wie möglich zu erweitern, indem man die Beträge erhöht und dort auch

in die Lücken geht, die da nicht besetzt sind. Mich würde allerdings schon auch interessieren – und vielleicht gibt es dazu noch eine Erläuterung –, wie die Zeitschiene der Abwicklung dieses Programmes ist, inwieweit man da von anderen, auch bei der Abwicklung, abhängt. Es ist ja eine Aufstockung eines Bundeszuschusses adressiert; das hängt dann wahrscheinlich auch von der Abwicklung des Bundesprogramms ab. Das müsste man aber relativ klar sagen, dass das so ist und was das für die Abwicklung bedeutet. Das ist aber ein wichtiger und aus unserer Sicht auch ein richtiger Schwerpunkt, der hier enthalten ist.

Wir sehen gleichzeitig in der Fortschreibung natürlich ein Umgehen – auch wenn die Überschriften zum Teil gleich sind – mit den Erfahrungen, die wir bei dem ersten 500-Mio.-Programm gesammelt haben. Eine Erfahrung ist, dass es doch nicht so einfach ist, in der adressierten Zeit die Hilfen mit dem Hilfebedarf zu matchen. Da sind ein paar Veränderungen vorgenommen worden, deswegen würde ich die Verwaltung auch hier um eine Erläuterung bitten, inwieweit die Erfahrungen aus der Abwicklung des Soforthilfspakets des vergangenen Jahres in diese Konzeption eingegangen sind.

Ich finde, Kollege Goiny, insbesondere richtig, dass beim Thema Kulturhilfen auf die Situation der Unternehmen Bezug genommen wird, dass weitere Kreditförderungen zum Teil nicht mehr helfen, sondern dass sie im Gegenteil eine wirtschaftliche Perspektive und Unterstützung auch beim Ausweg aus einer Schuldenfalle und Überschuldung brauchen und deswegen genau für diese Situation Hilfen vorgesehen sind. Insofern ist das, was Sie vorschlagen, natürlich ein möglicherweise sehr einfacher Weg, wo Sie dann aber auch erläutern müssten, weshalb Sie diese Eingrenzung machen, die Sie machen, und nur bestimmte Teile des Kulturbereiches damit adressieren, wo Sie ja wahrscheinlich doch auch in Rechnung stellen, dass selbst bei einer institutionellen Förderung berücksichtigt werden müsste, inwieweit es Öffnungsperspektiven gibt oder nicht, und man auch dort berücksichtigen müsste, inwieweit die Pilotprojekte funktionieren, die es jetzt dankenswerterweise gibt, die gezielt versuchen und klären sollen, wie man auch unter Pandemiebedingungen eine Öffnungsperspektive – jetzt mal weg von den allgemeinen Debatten – hinbekommt und unter welchen Voraussetzungen etwas geht. Das ist herauszufinden. Wenn wir wollen, dass die Erfolg haben, dann müssten sie in irgendeiner Form mit dem gematcht werden, was Sie hier an institutioneller Förderung geben. Deswegen geht es wahrscheinlich doch nicht ganz so pauschal, wie Sie es schreiben. Da ist es, glaube ich, schon richtiger, die einzelnen Punkte gezielt zu adressieren, so wie es hier stattfindet.

Was wir, ehrlich gesagt, gar nicht gut finden können, ist, dass Sie das auch noch aus den Mitteln für Soloselbstständige finanzieren wollen. So eins zu eins kann man die möglichen Auswirkungen dann doch nicht planen, wie Sie das hier machen, und dann nimmt man es für eine solche Geschichte bei denen, die am ärgsten betroffen sind; das halte ich nicht für richtig.

Es ist allerdings natürlich so – ich habe ja gesagt, es ist eine erste Tranche –, dass ich bei den Hilfeprogrammen, die hier angelegt sind, zum Teil davon ausgehe, dass sie nicht in den nächsten zwei Monaten ausgeschöpft sein werden, sondern dass sie, um wirken zu können, auch einen längeren Zeitraum brauchen. Zum Teil gehe ich aber auch davon aus, dass es in Abhängigkeit von der Situation möglicherweise auch einen Nachsteuerungsbedarf geben wird. Und, wie gesagt, das Geld, das wir zur Verfügung gestellt haben, ist ja noch nicht weg an der Stelle.

Zum Thema Verstärkungsreserve: Dass im Programmablauf Mehrbedarfe entstehen können und dass insbesondere ein Bedarf an neuen Programmen entstehen kann, das ist natürlich klar. Ich glaube, wir sind als Hauptausschuss auch in der Lage, darauf reagieren zu können; das haben wir bewiesen, relativ kurzfristig. Dazu braucht es, glaube ich, nicht des Punktes, dass man hier in irgendeiner Form sagt, wir stellen jetzt dafür gesondert Mittel für eventuelle Mehrbedarfe zur Verfügung. Ich glaube, auf die Mehrbedarfe können wir als Hauptausschuss dann auch insgesamt eingehen. Insofern sehen wir das ein bisschen kritisch. Die Frage ist, inwieweit man das möglicherweise verbinden kann – es ist bislang nichts zu den coronabedingten Aufwendungen gesagt worden, die wir heute auch auf der Tagesordnung haben, die auch finanziert werden müssen; die könnte man da in gewisser Weise reinschieben, was uns immer noch nicht daran hindert, weitere Mehrbedarfe zu adressieren, wenn wir darüber denn einer Meinung sind.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Wesener, dann Herr Schneider.

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe herausgehört, dass wir doch so etwas wie einen doppelten Konsens haben – erstens: Diese Hilfen sind richtig und notwendig. Widersprechen Sie mir! – Nein, das tut auch Frau Meister nicht. Zweitens: Jede Hilfe ist natürlich nur so gut, wie sie auch gut funktioniert. Das ist ein Geschwindigkeitsthema, wie wir wissen, das ist eine Frage der Konzeption, also: Wen erreicht man, wer fällt durchs Raster? Im allerbesten Fall ist es natürlich auch eine Antwort auf das eine oder andere Problem, was mit Corona vielleicht nichts zu tun hat oder wo man womöglich schon auch einen Impuls für die Zeit danach setzt; das ist das Thema Konjunkturmaßnahmen, was ja mit dem Programm zumindest angeschnitten ist, nicht mit allen Teilprogrammen, aber mit so einem Programm wie Berlin Invest.

Ich glaube auch, Herr Goiny, dass wir uns da nicht falsch verstehen: Da ist immer Luft nach oben. Und, wie gesagt, diese Programme müssen sich für die Betroffenen in der Praxis bewähren. Ich finde, man kann aber schon ein paar Sachen benennen, die gelungen sind, so wie es Kollegin Meister oder auch Frau Dr. Brinker gemacht haben – ohne Selbstbeweihräucherei oder ritualisiert: Die Regierung findet alles toll, was selbige macht; Opposition findet alles blöde. – [Christian Goiny (CDU): Das habe ich auch gemacht!] – Ach so! Das war dann so kurz, dass ich das gar nicht wahrgenommen habe.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wesener ist dran! Bitte keine Dialoge!

Daniel Wesener (GRÜNE): Da freuen wir uns. Macht ja nichts. Das halten wir gleich mal im Protokoll fest, dass auch die CDU findet, dass einiges daran gelungen ist. Ist doch super! – Ich sage das, weil es zum Teil dicke Bretter gewesen sind. Für mich ist das schlagende Beispiel die Frage: Wie gelingt es, Landes- und Bundeshilfen zu verschränken? – Herr Goiny, Sie kennen da meine Grundauffassung: Es interessiert niemanden, wer Schuld hat. Dieses „der Bund ist es – nein, die Länder sind es“, das können wir hier gerne abfeiern. Am Ende interessiert es niemanden. Entweder die Kohle kommt, die Hilfe ist rechtzeitig da, vor der betrieblichen oder Privatinsolvenz – oder eben nicht. Das war ein dickes Brett. Wir haben lange Zeit die Situation gehabt – darüber haben wir uns auch schon im Plenum auseinandergesetzt –, wo diese Systeme einfach nicht verschränkt werden konnten oder wo es sogar einen expliziten Ausschluss gab, dass, wenn für bestimmte Zeiträume Bundeshilfen in Anspruch genommen worden sind, das Land eben nicht nachsteuern konnte. Es hat sicherlich auch

Webfehler bei den Landeshilfen gegeben, worüber der Bund nicht glücklich ist. Ich finde das, was dem Finanzsenator und der Wirtschaftssenatorin da jetzt wie auch immer gelungen ist – dass man diese Überbrückungshilfe III und die an und für sich ja richtige Idee mit den 50 Prozent Verdienstausfall im Referenzzeitraum auf 75 Prozent hochschrauben kann –, richtig gut. Ich bedanke mich da bei allen Beteiligten, weil wir wissen, 50 Prozent von sehr wenig Einkommen – wir reden ja hier auch über die Klientel, über die Sie sehr lange geredet haben, die berühmten Solosebstständigen, nicht nur Kreative: 50 Prozent – wenn wenig, ist eben noch weniger. Und auch 75 Prozent ist nicht mehr insgesamt, aber es ist eben mehr als 50 Prozent. Das finde ich gut.

Was ich auch gut finde, ist, dass sich der Senat die eigenen Programme noch mal genau angeguckt hat, denn wir merken ja, hier werden noch mal Stellschrauben verändert. Hier wird noch einmal nachjustiert, hier hat man aus der Vergangenheit gelernt – ob ausreichend, werden wir sehen. Auch da gilt für mich: Am Ende kommt es auf das Ergebnis an. Aber auch das, finde ich, muss man erst einmal so zur Kenntnis nehmen, plus: Wir haben beim zweiten Nachtrag als Parlament nicht gesagt: Lieber Senat, es braucht weitere Hilfen, hier sind 500 Mio., macht euch eine schöne Zeit damit! –, sondern wir haben in Form einer Erläuterung und mit diversen Bullet-Points klargemacht, wo aus unserer Sicht die Reise hingehen soll. Wir sind nicht die Exekutive, wir werden die Programmleitlinien nicht stricken und die Fördermodalitäten nicht im Detail festlegen usw., aber ich finde, es gehört schon dazu, dass man als Parlament eine Vorstellung entwickelt, wo es eigentlich hingehen muss, gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem letzten Jahr. Da hätte ich jetzt vielleicht auch die eine oder andere Stellschraube etwas anders gesetzt oder mir da mehr gewünscht, aber insgesamt ist diese Vorlage doch ein Dokument dessen, dass der Senat geliefert hat. – Das ist das, was man auch mal sagen und loben darf.

Ich komme jetzt zu den Punkten, von denen ich glaube, dass wir weiterhin eine Debatte darüber führen müssen, wie das vielleicht noch besser geht. Die Elternhilfen will ich nur ganz kurz ansprechen; da stelle ich immer das Phänomen fest: Alle finde das irgendwie gut. Es gibt sehr unterschiedliche Konzepte, das gehört zur Wahrheit auch dazu. Ob das, was uns der Senat jetzt vorschlägt, die Apotheose all dessen ist, was wir uns schon immer vorgestellt haben, wage ich mal zu bezweifeln; so nüchtern würde ich das jetzt formulieren. Ich finde es auch richtig, dass es ein entsprechendes Signal gibt, man muss aber, glaube ich, auch eingestehen: Es ist noch nicht die Antwort auf die nachvollziehbaren Erwartungen, Wünsche und Bedarfe angesichts dessen, dass Eltern nun einmal in einer ganz besonders schwierigen Situation sind, privat wie beruflich. Das aufzufangen ist nicht einfach. Ich glaube, es ist einen Versuch wert, aber da werden wir in der Diskussion bleiben müssen, gerade wenn es in diesem Segment und was diese Zielgruppe angeht weiterer Hilfen bedarf.

Beim Thema Kultur, Herr Goiny, muss ich vielleicht doch noch mal was pro Senat sagen: Ich bin da sofort mit Ihnen in einer Beutegemeinschaft unterwegs, das wissen Sie – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] –, jeden Tag, sagt der Kollege –, auch zum Leidwesen anderer. Mich überzeugt das, was Sie gesagt und beantragt haben – wir werden die Diskussion ja noch führen –, gar nicht, null, als Kulturpolitiker, weil Sie gnadenlos an den Realitäten im Kulturbetrieb und an den Kulturschaffenden vorbeifordern. Man kann immer mehr fordern, aber, Herr Goiny, das wissen Sie eigentlich auch: Es ist deutlich komplizierter. Es gibt nicht den Kulturbetrieb oder die Kulturschaffenden, vielmehr werden wir gerade für die – und ich sage jetzt mal ganz allgemein – Kreativbranche und -szene, für die Menschen im Einzelnen wie

auch in Form von öffentlichen oder privaten Kulturbetrieben sehr unterschiedliche Antworten finden müssen; das Stichwort Soloselbstständige ist schon genannt worden. Da wundere ich mich, ehrlich gesagt – Herr Zillich hat es schon benannt –, über Ihre Finanzierungsvorschläge. Warum wollen Sie ausgerechnet diejenigen durchs Raster fallen lassen, wo wir auch von Künstlerinnen und Künstlern, wo wir von Kreativen und Kulturschaffenden sprechen, die Sie über eine normale Kulturförderung – ob Projektförderung, von öffentlicher Förderung ganz zu schweigen – gar nicht erreichen? Da sagen Sie: Die weg! – Stattdessen soll jetzt in – ja, wie soll ich das verstehen? – öffentliche Kultureinrichtungen Geld gepumpt werden, wo es ein Versprechen dieses Senates gibt, das er bisher gehalten hat und auch weiterhin halten wird, nämlich dass die Defizite ausgeglichen werden. Dann gibt es sozusagen noch diese große Grauzone von privaten Kulturbetrieben, künstlerischen Gruppen, die im Wesentlichen nicht öffentlich gefördert werden und wenn, dann nur sehr punktuell oder hier mal durch den Hauptstadtkulturfonds, da mal über eine Projektförderung des Landes. Deren Problem ist doch, dass die gar nicht an den Start gehen können. Hier jetzt künstlerische Projekte zu fördern oder, was ich mehr sehr gut vorstellen kann, in einem Kontext von Konjunkturmaßnahmen mal zu überlegen, was eigentlich sinnvolle Investitionen in die Berliner Kulturlandschaft für die Zeit nach der Krise sind – das ist der völlig falsche Zeitpunkt, Herr Goiny.

Jetzt kann man sagen, Sie sind Ihrer Zeit voraus, Sie planen jetzt schon für den Zeitpunkt, wo das alles geht. Ich will da auf ein Problem hinweisen, das wir gemeinsam lösen müssen: Wenn Sie Verluste kompensieren wollen, indem Sie – wofür ich große Sympathie habe – mehr Geld in eine Förderung für künstlerische Produktionen geben, bleibt immer noch die Frage, wo und wie die eigentlich stattfindet. Durch die flexible und kulante Anwendung des Zuwendungsrechts und den Umgang mit der Projektförderung schieben wir ja jetzt schon eine Riesenbugwelle an Produktionen vor uns her. Das verschärft die Konkurrenz – echtes Problem! –, ob jetzt bei den großen Festivals oder in der spartenoffenen Branche und, und, und; ich muss die Programme nicht alle aufzählen, Sie kennen sie zumeist auch. Es verschärft die Konkurrenz, es verschärft aber vor allem die Konkurrenz um Spielstätten und, wenn man so will, um den Veranstaltungskalender. Und da zu sagen: Einfach mehr Geld für alle –, wobei die Soloselbstständigen, wie gesagt, gar nicht dabei sind, halte ich auch kulturfachlich und konzeptionell für einen falschen Weg.

Ich will eine Sache sagen, mit der ich selbst nicht glücklich bin. Ich hatte gehofft, dass wir diese Programme auch nutzen, um Öffnungsstrategien noch einmal besser zu unterlegen. Öffnungsstrategien sind ja nichts, was man sich mal eben ausdenkt; da setzt vielmehr die öffentliche Hand, da setzt der Staat die Rahmenbedingungen, und da muss man auch gucken: Können diese Rahmenbedingungen von den Betroffenen eingehalten werden? – Mein Kritikpunkt ist da das Thema Testing, Schnelltests als ein Baustein – kein Allheilmittel, ein Baustein. Ich freue mich sehr über das Pilotprojekt, Sie wahrscheinlich auch. Was ich vermisste, ist, dass man hier über ein entsprechendes Programm – und so war es meines Erachtens ursprünglich auch mal angekündigt oder angedacht – auch freien künstlerischen Gruppen, privaten Kultureinrichtungen bzw. -orten oder überhaupt Kulturbetrieben die Möglichkeit gibt, die zum Teil ja erheblichen Kosten durch eine entsprechende Programmhilfe, durch einen Zuschuss zu kompensieren. Ich finde es super, wenn die Philharmoniker sagen, sie machen das jetzt, aber die Philharmoniker hatten schon vorher Sponsoren, die ihnen das finanziert haben. Da kann man, wie es der Kultursenator am Montag im Kulturausschuss ja auch beantwortet hat, durchaus über die bestehende öffentliche Förderung gehen, dass man einfach sagt: Das wird dann gegengerechnet. Das ist im privaten Bereich nicht möglich, und das werden wir weiterhin als

Thema haben. Da, finde ich, hätte man eine Lösung im Rahmen dieses Programms schaffen können, zumal wir da über Peanuts reden, also gemessen an den sonstigen Summen. Vielleicht hat die Kulturverwaltung sich aber hierzu auch schon kluge Gedanken gemacht oder einen anderen, besseren Weg gefunden, dann würde ich mich natürlich über einen Hinweis freuen.

Um das nicht zu einer reinen Kulturveranstaltung zu machen – [Torsten Schneider (SPD): Schon zu spät!] –, schon zu spät, tut mir leid! – Zur Bildung kann man sicherlich auch noch einiges hinzufügen, ich will aber noch einmal auf Berlin Invest abstellen. Das ist ein Programm, von dem ich sagen würde, da wird zumindest schon mal der Versuch gemacht, zu gucken, wie man Hilfen mit – ich will gar nicht sagen – Konjunkturmaßnahmen, aber mit Dingen kombinieren kann, die im besten Fall auch eine konjunkturelle Wirkung haben oder wo man mit Investitionen nicht nur betroffenen Betrieben über eine schwere Zeit hilft, sondern wo man danach im besten Fall sogar Wachstumsimpulse hat oder Zukunftsinvestitionen mit begleitet. Ich finde es gut und wichtig, dass der Senat in diese Richtung denkt. Ich wünsche mir, dass das auch bei den Folgeprogrammen oder dann, wenn wir mal wirklich über Konjunkturmaßnahmen im eigentlichen Sinne des Wortes reden, berücksichtigt wird.

Ja, Frau Meister, ich mache jetzt keinen Hehl daraus, ich finde es aber auch nicht verwerflich, dass man solche Dinge auch mit einer Lenkungswirkung zu kombinieren versucht, ob das zugunsten von Digitalisierung oder zugunsten des Nachhaltigkeitsgedankens bzw. des Aspekts Klimaschutz geht. Wenn es Mittel und Möglichkeiten gibt, das in besonderer Art und Weise zu fördern und anzuregen, insbesondere da, wo beispielsweise eine Wirtschaft selbst in diese Richtung zieht oder selber sagt, da sehen wir Potenzial, dann ist das nur gut und richtig. Insofern finde ich Nachhaltigkeitsfaktoren oder spezifische Digitalisierungsprogramme, wie es sie mit der Digitalisierungsprämie schon länger gibt, nicht illiberal, verwerflich oder was auch immer. Das ist im besten Sinne des Wortes eine Marktwirtschaft, die dann eben auch Leitplanken hat, seien sie sozialer Natur oder seien es Potenziale, gerade auch Berliner Potenziale. Der langen Rede kurzer Sinn: Ich finde es eher vorbildlich, in diese Richtung zu ziehen, und wünsche mir da zukünftig mehr.

Zur Verstärkungsreserve hat Kollege Zillich alles gesagt. Wir müssen, glaube ich, all diese Tranchen in einem Zusammenhang sehen, also die alten Programme, das, was nicht verausgabt worden ist, den zumindest rechnerischen Jahresüberschuss, die Rücklagen. Wir haben als Parlament, glaube ich, deutlich gemacht, in welche Richtung die Reise gehen soll. Dabei bleiben wir selbstredend. Insofern glaube ich, dass wir auch dafür eine gute Lösung finden werden. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt habe ich Herrn Schneider, dann Herrn Lux und dann noch einmal Herrn Goiny auf der Liste.

Torsten Schneider (SPD): Na ja, Grundsatzdebatten werden geführt, wenn der Senat Grundsätzliches erklärt. Das ist nun mal so. – Auch von mir ein herzliches Willkommen im politischen Hamsterrad Hauptausschuss, in dem wir erneut eine Sekundärdebatte führen und uns an einzelnen Programmchen abarbeiten, anstatt die Krise zu meistern. Ich will in dem Zusammenhang mal daran erinnern: Das kleine Bundesland Berlin hat mehr Kredite bereitgestellt und aufgenommen, als die EU bereit war auszugeben, um Impfstoff zu kaufen – doppelt so viel! Das meine ich mit Hamsterrad, wo jetzt hier sozusagen die niederen Ebenen sich mit den

mehr oder weniger Erfolg versprechenden Versuchen abmühen, die Welt zu retten auf einer Ebene – [Zuruf von Carsten Ubbelohde (AfD)] – Sie spielen in beiden Aspekten keine Rolle! –, wie es kleinteiliger kaum noch geht. Gleichwohl ist es ja notwendig, weil wir die richtige Lösung, die strategische Lösung nicht gewählt haben, sondern eben mit halber Kredittranche des Landes Berlin einkaufen gegangen sind. Das ist natürlich etwas, was sehr ärgerlich ist.

Und nun prallen hier verschiedene Strategien und Einschätzungen aufeinander: Die einen, die das leugnen, die anderen, die sich mit einer massiven Öffnungsstrategie fragen müssen, ob sie nicht mit einer Ursache dafür setzen, dass wir jetzt die dritte Welle erleben werden, und diejenigen, die das Grundsatzproblem nicht angehen wollen und hoffen, es aussitzen zu können. – [Zuruf von der AfD] – Das ist das, was hier miteinander – – Seien Sie mal schön vorsichtig, mein Lieber!

Vorsitzende Franziska Becker: Keine Beleidigungen! Herr Schneider hat das Wort – bitte!

Torsten Schneider (SPD): Seien Sie froh, dass wir nicht im Wedding sind! Da binde ich mir noch beide Hände auf den Rücken, da geht das noch unentschieden aus! – [Heiterkeit] –

Um das nur mal zusammenzufassen: Die SPD-Fraktion trägt dieses Paket mit. Wir werden den Weg des Senats mitgehen und ihn unterstützen, wenngleich es uns – was uns zentral interessiert hat und was die Grünen jetzt angesprochen haben – schwerfällt, die Familienförderung mit 18 Millionen Euro und irgendwelchen Kompensationsgeschichten im Kitabereich für einlassungsfähig zu halten, um das mal so deutlich zu sagen. Da gibt es eine klare Verärgerung, aber mehr können wir da nicht formulieren, denn wir wollen natürlich nicht, auch wenn es nur eine Zweitdebatte, eine Sekundärdebatte ist, die Wirtschaftshilfen insgesamt anhalten.

So können wir natürlich noch ein paar Jahre weitermachen und über diese und jene Strategie reden, da noch gucken, wer überhaupt noch am Markt ist und wie lange wir noch die Insolvenzantragspflicht aussetzen müssen und dies und das. Das kann man machen, und dann kann sich der Hauptausschuss alle halbe Jahre zusammenfinden und sich gegenseitig erzählen, welche Zielgruppe jetzt wieder gefördert werden muss. Man könnte aber auch einfach Impfstoff produzieren und diese Flamme endlich austreten. Diese Debatte scheut Deutschland aber, diese Debatte scheut Europa. Der amerikanische Präsident wundert sich darüber nur; der findet, wir sind nicht ganz geradeaus, ist doch klar. Da guckt der einmal scharf, und dann stellt Merck eben Impfstoff von Pfizer und anderen her, so schnell kann man überhaupt nicht überlegen, während wir uns hier in epischer Breite über 18 Millionen Familienförderung abmühen und miteinander diskutieren.

Insoweit merken Sie schon: Da ist auch bei uns eine gewisse Ungeduld, und die kommt nicht von ungefähr. Wir verlassen uns auf ambivalente Zusagen der Industrie, die eine Halbwertzeit haben, wie man an der aktuellen Debatte zu AstraZeneca sieht: Erst werden die Lieferungen einfach mal um 100 Millionen Dosen reduziert, und dann steht es gar nicht mehr zur Verfügung. Darauf setzt aber die ganze Strategie auf, dass das funktioniert. Jetzt kann man gucken, wie sich die Impfkalender verschleppen, und dann können Sie sich ausrechnen, wann Sie da jemals dran sind. Und wir hier im Hauptausschuss machen in diesem Plenarsaal Hamsterrad und ringen um 18 Millionen Euro Familienhilfen. Das ist unbefriedigend, und deswegen will ich das hier auch mal in dieser Deutlichkeit sagen. Ich habe keine Lust mehr darauf, dass wir

noch ein oder zwei Jahre in dieser Weise den Staat weiter steuern wollen – mit einer höheren Sterblichkeitsrate in Deutschland als der weltweite Durchschnitt, höher als in den USA, selbst höher als in Tschechien mit einer Inzidenz von 800. Da stehen wir gerade, da steht der deutsche Staat – und redet hier stundenlang über Familienhilfen.

Nun haben wir noch einen Aspekt, der uns wichtig ist: Der Hauptausschuss hat eine politische Grundsatzentscheidung getroffen, ihm folgend dieses Plenum, nämlich mit dem Haushaltsgesetz, dass wir weitere 500 Mio. Euro für etwaige Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung stellen und dass die politisch, öffentlich, transparent im Hauptausschuss diskutiert werden mit uns, jedenfalls im Groben hinsichtlich der konzeptionellen oder auch sektoralen Belegung. Das ist unverträglich mit einer Steuerungsreserve in Höhe von 43 Mio. Euro. Die ist eben tatsächlich bisher unbelegt, und deshalb sehen wir uns auch außerstande, unsere Parlamentsentscheidung hier im Hauptausschuss zu korrigieren und die freizugeben, finden aber die Ankündigung des Senats absolut nachvollziehbar, und es tut ja der Sache keinen Abbruch, wenn man heute gleichzeitig, zum Beispiel in Tagesordnungspunkt 30 B, 54 Mio. Euro für Schnelltests vorsieht. Das ist eine Teilstrategie, um mit der Pandemie zu leben. Wenn man die freigibt, dann haben wir da eine Teilbelegung. Wir können gerne miteinander reden, ob man das technisch damit macht, dass der Senat die Umwidmung vornimmt und da eine Zustimmung bekommt – es ist ja in beiden Fällen eine Entsperrung –, oder ob man jetzt 15 ablehnt; das stelle ich anheim. Da sind wir vollkommen offen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Dann habe ich jetzt Herrn Lux und danach Herrn Goiny.

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Man muss ja immer das Beste daraus machen. – Ich will nur eine kurze Frage zum Programm Berlin Invest aufgreifen. Ich begrüße sehr, meine Fraktion begrüßt es sehr, dass es möglich ist, einen Nachhaltigkeitsbonus zu bekommen, wenn man dafür bestimmte Kriterien erfüllt. Wie verpflichtend soll das sein? Ist das analog Baden-Württemberg, wo es auch so einen Nachhaltigkeitsbonus und einige umweltfördernde Kriterien bei der Antragstellung gab? Gibt es da schon weitere Planungen und Gedanken? – Ich würde mich über eine kurze Darstellung freuen und einen Folgebericht dazu beantragen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Ich will zwei, drei Punkte aufgreifen weil ich möglicherweise nicht richtig verstanden worden bin. Zum einen muss man sagen: Selbst wenn wir jetzt superschnell mit Impfstofflieferungen und Impfen wären, müssten wir trotzdem über einen Großteil dieser Hilfsmaßnahmen beschließen; das würde das nicht ändern. Wir würden über einen anderen Zeithorizont in der Rückkehr zur – mehr oder weniger – Normalität reden, aber wir würden hier natürlich trotzdem viele Sachen machen. Wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland anguckt, gibt es viele Bereiche, die bisher relativ unbeschadet durch die Pandemie gekommen sind, die im letzten Jahr teilweise sogar ordentliche Jahresabschlüsse erzielt haben, aber insbesondere auf den Bereich, der ein wirtschaftlicher Kern in Berlin ist – das Messe- und Kongressgeschäft, der Tourismus und die Kultur –, auf dieses wirtschaftliche Tortenstück hat Corona mächtig eingeschlagen. Deswegen müssen wir uns, und das erzählen wir nicht erst seit heute, Gedanken darüber machen, wie wir hier auch mit Landesmitteln helfen können. Das ist ein Punkt, der offensichtlich auch hier im Haus bei den Regierungsfraktionen Konsens ist.

Lieber Kollege Wesener! Ich habe ausdrücklich gesagt, dass wir den vorliegenden Punkten zustimmen – bis auf die zwei Punkte, zu denen wir Änderungsanträge vorgelegt haben. Wir stimmen in der Regel nur Sachen zu, die wir auch für okay halten. Weil das nicht hinreichend gewürdigt worden ist von meiner Seite, möchte ich das noch mal klarstellen. Das halten auch wir für richtig und sinnvoll. Und wie gesagt: Wir haben im letzten Jahr bei dem damaligen ersten Soforthilfspaket von 500 Mio. auch zugestimmt. Wir hatten nur ein anderes Verständnis von dem Begriff Soforthilfe. Wenn wir es jetzt anders verabredet haben, dann ist das okay. – Bei dem Vorschlag der SPD, was den Umgang mit der Verstärkungsreserve angeht, würden wir auch mitgehen können.

Ich wollte aber noch ein, zwei Punkte klarstellen. Mit unserem Änderungsantrag im Kulturbereich reden wir von dem Topf, den der Senat selber zum Hochfahren von Kultur und zur Unterstützung von Kultureinrichtungen vorsieht. Wir wollen halt nur einen anderen Weg in der Mittelvergabe gehen, weil wir schon glauben, dass das richtig ist. Wir adressieren hier, lieber Kollege Wesener, insbesondere die Kultureinrichtungen, die in der Vergangenheit keine regelmäßige Förderung bekommen haben, weil sie sie entweder nicht wollten oder nicht brauchten, die jetzt aber seit einem Jahr geschlossen und quasi mit einem Berufsverbot belegt sind, wo sich bei vielen schon die Frage stellt, wie es da weitergeht. Da ist nicht unbedingt bei allen und vor allem auch nicht viel aus den bisherigen Hilfsprogrammen angekommen, aus unterschiedlichen Gründen. Deswegen sehen wir in diesen Bereichen, was die Veranstaltungs- und insbesondere die Clubkultur, aber auch die Schausteller angeht, einen besonderen

Unterstützungsbedarf. Das lässt sich auch zum Beispiel zu denen abgrenzen, die schon eine staatliche Förderung bekommen.

Im Übrigen: Wenn diese Unternehmen in die Lage versetzt werden, ihre Betriebe zu erhalten, ggf. in mögliche Projekte zu investieren, wenn die vielleicht auch Investitionen in ihre Räumlichkeiten vornehmen könnten, dann schafft das für viele, die wir unter dem Begriff der Soloselbstständigen adressieren, auch wieder eine Beschäftigungsmöglichkeit. Denn: Wer sind denn viele der Soloselbstständigen? – Das sind die Leute in der Veranstaltungsbranche, die in diesen Bereichen bisher gearbeitet haben und da jetzt nicht mehr arbeiten können. Da die Institutionen, die wir fördern wollen, bisher kein Geld bekommen, können sie sie auch nicht beschäftigen. Jetzt kann man sagen: Wir geben denen das Geld direkt, oder wir geben es wieder den Kultureinrichtungen, damit sie diese Soloselbstständigen wieder für bestimmte Projekte einsetzen können. Da kann man sich für einen Weg entscheiden; wir finden den von uns vorgeschlagenen besser. Deswegen braucht man aber nicht so einen Popanz aufzubauen und zu sagen: Was ihr hier vorschlagt, ist völlig abwegig.

Ein Grundfehler, den wir tlw. bei Kulturförderprojekten insgesamt gemacht haben, ist, dass wir davon ausgehen: Wenn die was planen und was machen können, dann kriegen sie auch Geld. – Ja, aber die sind momentan gar nicht in der Lage, was zu machen und zu planen, weil sie kein Geld haben. Das ist so ein bisschen wie mit der Henne und dem Ei. Wir sagen, dann fangt doch mal an, diese Institutionen finanziell so in die Lage zu versetzen, dass sie ihre Einrichtungen modernisieren können – da gibt es auch noch mal einen extra Zuschuss für Lüftungstechnik, finden wir auch gut, lieber Kollege Wesener! –, aber es geht ja auch um eine programmatische Gestaltung, und da haben die momentan gar keine Möglichkeiten. Übrigens ist auch ein Teil der Bundesprogramme so gestrickt, dass man erst einmal aufmachen und was machen muss, damit man Förderprogramme beantragen kann. So kann es ja nicht funktionieren.

Viele von unseren staatlich geförderten Kultureinrichtungen haben das Geld; die sind ja in der Finanzierung, es geht ja auch. Also, haushaltrechtlich ist das Ganze überhaupt kein Problem. Konkret abgrenzen, wen wir meinen, kann man auch, ist auch kein Problem. Sinnvoll auch für Soloselbstständiger ist es zudem. Es ist ausdrücklich eine Befristung vorgesehen, weil wir glauben, dass viele von denen gar nicht dauerhaft am staatlichen Tropf hängen wollen; das ist auch ein Punkt ist, den nicht alle in dieser Kulturszene gut finden. Es ist aber eine Möglichkeit, die viel direkter, viel unbürokratischer hilft, weil man davon nicht erst mal was an den Steuerberater abgeben muss, weil man nicht – ich habe jetzt gerade wieder Beispiele gehabt – bei der IBB irgendwie auf einer Seite hängt, wo es heißt, der Antrag kann nicht bearbeitet werden oder der Server ist abgestürzt, weil man jetzt nicht nur bis Juni etwas beantragen kann und sich dann erneut in das Hamsterrad setzen muss. Deswegen macht es in dem Bereich ja gerade Sinn, ein bisschen über den Tag zu denken. Bis Juni macht es auf jeden Fall Sinn, im Juli wird es aber noch nicht viel besser sein. Wenn wir wollen, dass jetzt irgendetwas für den Sommer geplant werden kann: Wie lange wollen wir denn dann warten, bis wir den Leuten dafür das Geld zur Verfügung stellen? Warum machen wir das nicht heute schon? Das macht doch total Sinn, jetzt zu sagen: Plant doch nicht nur bis Juni! –, denn möglicherweise bekommen sie das Geld, was sie heute beantragen, erst im Juni ausgezahlt, und dann können sie sich schon wieder damit beschäftigen, was sie ab Juli machen. Es ist doch erkennbar, dass sie das das ganze Jahr brauchen, insofern macht es gerade in diesem Bereich Sinn.

Und dieser Bereich ist für Berlin eben auch relevant. Nur Hotels aufzumachen und die Bahn und die Flüge an den Start zu bringen wird noch nicht so viele Touristen in die Stadt holen, wenn hier nichts stattfindet. Den ganzen Tag die Pandabären und Nofretete angucken, ist vielleicht auch nicht für alle Touristinnen und Touristen, die in diese Stadt kommen, programm-ausfüllend – wobei ich es total toll finde, dass wir die Pandas und Nofretete haben, um das auch noch mal klarzustellen, damit ich da nicht wieder missverstanden werde, lieber Daniel Wesener.

Bei unserem Vorschlag ist in der Aufteilung feinteilig vielleicht noch was zu ziselieren, und wenn man meint, das geht schon mal nicht, weil es von der Opposition kommt, es geht vielleicht nicht, weil dieses oder jenes nicht berücksichtigt ist, dann nehmen Sie aber doch den Gedanken mal mit und sorgen dafür, dass man für den Rest des Jahres etwas Ähnliches auf die Beine stellt, denn das, was wir heute beschließen, reicht auf gar keinen Fall, um das Problem für diesen wichtigen Bereich halbwegs zu adressieren. – Ich will nur noch mal sagen, dass wir auch einen zweiten Vorschlag gemacht haben, was die Hotelwirtschaft anbetrifft, den wir auch für gut halten, weil er uns auf der Mittelstrecke kein Geld kostet; das fließt dann ja wieder zurück. Damit könnten wir auch die Hotels in eine andere Lage versetzen. Ich habe neulich gehört, dass wir auf dem Berliner Markt momentan schon 20 000 Hotelbetten verloren haben; das Ende ist noch nicht abzusehen. Das heißt, wir müssen auch sicherstellen, dass diese Einrichtungen am Leben bleiben. Deswegen ist das ein zweiter Punkt.

Ich bin auf die anderen Maßnahmen, bei denen wir mitmachen, nicht eingegangen, weil wir die in der Tat für nützlich, sinnvoll und notwendig erachten; deswegen habe ich sie, lieber Daniel Wesener, nicht ausdrücklich erwähnt und gelobt. Wir würden dem aber zustimmen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Für das Protokoll: Von Herrn Schneider wurde ein Wortprotokoll beantragt. – Ich würde Herrn Kollatz noch einmal die Möglichkeit geben, auf die groben Linien, die übergeordneten Fragen zu antworten. Unter Maßnahme Nr. 9 – Visual Effects – würde ich gleich den Tagesordnungspunkt 10 mit aufrufen – Filmförderung. Das passt inhaltlich. Zur Maßnahme Nr. 11 – Sofort- und Neustarthilfen für den Kulturbereich – liegen Ihnen zwei Änderungsanträge der CDU-Fraktion vor. Die würde ich vor der Maßnahme abstimmen wollen; ich glaube, das passt ganz gut. – Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Na ja, soll sich der Senat mal einlassen; ist ja gut, wenn Herr Kollatz jetzt spricht. Ansonsten können wir uns auch vorstellen, bei Maßnahme Nr. 15 die Impfthematik hinzuzuziehen; das wäre das gleiche Verfahren, das Sie bei den anderen Punkten aufrufen. Das ist TOP 30 A oder B, das weiß ich jetzt nicht. Das muss der Senat jetzt einschätzen.

Vorsitzende Franziska Becker: Sie meinen Tagesordnungspunkt 30 B; das wäre noch eine Möglichkeit. Okay, nehmen wir gleich mit. Jetzt – bitte, Herr Dr. Kollatz!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Ich werde nur etwas zu den Themen sagen, die sich mit Strukturfragen befassen. Der Rest, so hatte die Vorsitzende gesagt, soll bei den einzelnen Programmen aufgerufen werden.

Bei dem letzten Punkt, den Herr Schneider gerade angesprochen hat, sehe ich jetzt kein Drama darin, wenn man das macht. Man könnte dann beschließen, die unter Punkt 15 als Ver-

stärkungsreserve ausgewiesenen Mittel – da kommt dann eine Zahl – werden für die Gegenfinanzierung der nicht durch Bundeserstattungen refinanzierten Mittel im Rahmen des Schutz-Testkonzeptes freigegeben – das wäre dann die rote Nr. 3449 –, einschließlich der Beschaffung der Tests. Das war, glaube ich, das, was da gemeint wäre. Wenn man das so machen will, ist es gut. Wir hoffen, dass möglichst viel vom Bund refinanziert wird. Ich habe ja gesagt, wo sich nach der Erstellung dieser Unterlage bereits Hinweise ergeben haben, wie zum Beispiel bei dem Härtefallfonds, wo es dann Themen geben könnte. Das können wir dann aber auch zu gegebener Zeit machen. Das ist halt heute noch nicht beschlussreif.

Das beantwortet auch ein bisschen einen der Punkte, die Daniel Wesener angesprochen hat: Es gab im Senat die Verständigung, dass es keinen Sinn macht, mit spartenspezifischen Testkonzepten für Veranstaltungen zu kommen, vielmehr ist jetzt klar: Die Kulturverwaltung macht da nun einen Versuch. Das finde ich auch sehr gut und begrüßenswert. Das haben Herr Lederer und ich gemeinsam als unterstützenswert verabredet. Es macht aber Sinn – die Frage wäre sonst hier ja auch sofort gekommen –, dass, wenn die Versuche positiv laufen, man dann ein Konzept hat, das auch in mehreren Branchen funktioniert. Deswegen wäre das dann auch ein Thema, was noch auf die Verstärkungsreserve zugreifen könnte. Aber, wie gesagt, das ist auch heute nicht veranschlagungsreif, deswegen kann man es so machen, wie es bei Ihnen offensichtlich vordiskutiert worden ist. Wir würden dann, insbesondere für die Mittel, die wir nicht brauchen, weil wir Bundeserstattungen bekommen, zeitnah mit den anderen Themen kommen.

Ich will zu den Themen, die wir nicht unter fachspezifischen Diskussionen behandeln, drei Hinweise geben. – Frau Meister! Sie haben gefragt, wie wir mit den Landesunternehmen umgehen. Da haben wir einen anderen Haushaltsposten, der dafür vorgesehen ist. Ich hatte hier schon mal gesagt, dass wir glauben, dass wir da am Ende des ersten Quartals oder im April weiter sind, weil wir jetzt gerade die Jahresabschlüsse und die Wirtschaftsprüfer und all das in den Landesunternehmen haben und versuchen, eine Sichtweise über dieses Jahr zu gewinnen. Das ist also nicht vergessen, das wird aber an einem anderen Thema kommen. Wir haben hier im Hauptausschuss schon gesagt, dass wir im April dazu mit einem Bericht kommen; daraus werden sich weitere Entscheidungen ergeben.

Eine der Äußerungen von Herrn Goiny ging ein bisschen in die Richtung, dass die IBB das nicht so doll macht. Also, da habe ich einen ganz anderen Eindruck, auch im Vergleich mit anderen Bundesländern. Das bedeutet nicht, dass da auch mal der eine oder andere Fehler gemacht wird und das eine oder andere vielleicht verbesserungsbedürftig ist. Es hat sich gezeigt, dass wir durch die Konzentration der Fördermaßnahmen auf die IBB eindeutig eine vorteilhafte Situation gegenüber anderen Bundesländern erreicht haben. Die IBB ist mit den Anforderungen auch gewachsen. Deswegen glaube ich, und das atmet jetzt hier auch die Logik dieses Papiers: Das ist sozusagen programmübergreifend. Wo es Programme gibt, die man sinnvollerweise woanders macht, da machen wir das auch, dass wir dort aber eine zentrale Betreuungssituation haben, hat sich eher als eine Stärke entpuppt. Man sieht jetzt auch, dass der Bund in seinen Programmabwicklungen danach guckt; er guckt auch nach den Förderbanken. Das heißt, die Anträge, die nicht glatt durchlaufen, die will der Bund den Landesförderbanken überhelfen. Das wird auch für das Härtefallprogramm so gelten, insofern haben wir da eigentlich eine gute Situation in der IBB, um das umzusetzen.

Ich will noch ein drittes Thema ansprechen, das auch ein konzeptionelles Thema ist: Es stimmt, wir haben uns von der Grundlogik her dafür entschieden, die Soloselbstständigen möglichst direkt zu adressieren, weil es nicht sicher ist, dass, wenn man größere Institutionen fördert, der Aspekt, den Herr Goiny angesprochen hat, eintritt. Der tritt sicherlich auch auf, aber er tritt nur sehr selektiv und lückenhaft auf. Wenn Sie Kulturinstitutionen fördern und die in der jetzigen Situation keine Veranstaltungen machen können, dann heuern die trotzdem keine DJs an, die ihren Lebensunterhalt als Soloselbstständige verdienen. Wie sollten die das auch machen? Deswegen ist es so: Die müssen als Soloselbstständige direkt adressiert werden; ich nehme nur mal dieses eine Beispiel. Deswegen haben wir uns konzeptionell für diesen Ansatz entschieden.

Zur Frage von Frau Brinker, ob durch die Familienhilfe andere Themen verdrängt werden: Nein, das sehen wir nicht so. Durch die Maßnahmen, die ausgeführt sind, ist das sichergestellt. Wenn es dort Verdrängungseffekte gäbe, müsste man die Programme anpassen. Das ist aber ein Grundprinzip; es macht aus meiner Sicht keinen Sinn, jetzt zu lange mit einer Umsetzung zu warten, vielmehr ist es der Strukturansatz der Soforthilfen: Wir gehen in der Kante Lücken, und wenn andere dann diese Lücken schließen, dann reagieren wir darauf. Wir gehen aber jetzt auf jeden Fall in der Kante Lücken, und das sollte dort auch so sein. – Danke schön, Frau Vorsitzende!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Herr Senator! – Ich steige jetzt in die einzelnen Maßnahmen ein, und dann bitte ich um die Beantwortung der Fragen durch die politischen Leitungen der Häuser. – Sie haben natürlich auch noch mal die Möglichkeit für Wortmeldungen.

Ich rufe Maßnahme 1 – Neustarthilfe Berlin – auf und begrüße Frau Staatsekretärin Dreher. Vielleicht möchten Sie einfach mit der Beantwortung der Fragen anfangen? Ansonsten gibt es noch weitere Möglichkeiten für Wortmeldungen. – Bitte, Frau Staatsekretärin!

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenWiEnBe): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will mit der Neustarthilfe anfangen. Senator Kollatz hat schon einiges dazu gesagt. Es gab insbesondere die Frage von Frau Meister zur Soforthilfe – fiktiver Unternehmerlohn, der sich dahinter verbirgt. Das heißt allerdings nicht fiktiver Unternehmerlohn, sondern Liquidität zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz, weil es tatsächlich auf die Hilfen des Bundes aufsetzt. Es ist geplant, das im Mai zu machen; Herr Dr. Kollatz hat das eben schon gesagt. Wir setzen auf das Programm auf, das Init geschnitten hat, wo für die Neustarthilfe, jedenfalls für das Land Berlin, mit heutigem Tag über 15 000 Anträge bearbeitet werden, teilweise schon ausgezahlt sind, wo wir im Anschluss feststellen: Ist es jemand, für den, weil er so wenig Umsätze hatte, die 50 Prozent nur 1 250 Euro für sechs Monate ausmachen? Da können wir dann bis zum beihilfefähigen Betrag von 7 500 Euro aufstocken. Wenn derjenige ganz durchgefallen ist, können wir die 6 000 Euro bezahlen – auch beihilfemäßig abgesichert.

Beihilfe ist natürlich für sämtliche Hilfen immer ein Thema. Da sind wir aber ganz glücklich, dass sich mit dem letzten Beschluss der EU-Kommission aus Januar inzwischen auch auf der EU-Ebene die Beträge vergrößert haben.

Die erste Neustarthilfe wird im Mai ausgezahlt; bis 30. April kann sie über Init beantragt werden. Wenn Init uns das Paket Neustarthilfe übergibt, können wir mit unserem Ergänzungsprogramm loslegen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Dann komme ich zur Abstimmung der Maßnahme 1 – Neustarthilfen. Wer der Maßnahme zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen, die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? – Das ist die AfD-Fraktion. Damit halte ich die Zustimmung fest.

Ich rufe Maßnahme 2 – Ausfallfinanzierung Bürgschaften – auf. Gibt es Wortmeldungen? – Ich komme zur Abstimmung. Wer der Maßnahme zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist einstimmig; dann ist der Maßnahme einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe Maßnahme 3 – Berlin Invest – auf. Wortmeldungen sehe ich nicht. – Frau Staatsekretärin, bitte!

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenWiEnBe): Da waren einige Fragen von Frau Meister und Herrn Lux, glaube ich. Der Nachhaltigkeitsbonus sieht zum Beispiel so aus: Wenn ich als Gastronom sage, ich will investieren und meine Gasheizpilze durch umweltfreundlichere Heizmöglichkeiten für meine Gäste in der Außengastronomie ersetzen, oder ich renoviere meine Einrichtung und benutze besonders umweltfreundliches Material, dann kann es da einen Bonus geben.

Die 30 Prozent sind an die tatsächlich beihilfefähigen Möglichkeiten angelehnt. Alle die, die schon länger dabei sind, wissen, dass wir vor 17 Jahren oder so schon einmal ein Berliner GRW-Programm hatten. Wir haben, auch das ist zugestanden, natürlich nicht völlig neu angefangen zu planen, und wir haben Baden-Württemberg als Blaupause genutzt und gesagt, das, was beihilferechtlich schon alles abgeprüft ist, das werden wir dann auch so umsetzen.

Den Folgebericht, den Herr Lux dazu haben möchte, können wir natürlich machen, aber zu Anfang wurde eh gesagt, dass ein Umsetzungsbericht erstellt wird, wobei ich Ende April – das war, glaube ich, der Wunsch von Herrn Goiny – für schlecht halte, wenn wir erst im Mai anfangen. Da müsste ein späterer Zeitraum gesucht werden.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich sehe keine Wortmeldungen, dann komme ich zur Abstimmung von Maßnahme 3 – Berlin Invest. Wer Maßnahme 3 zustimmen möchte, bitte ich um Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen, die CDU- und die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dem zugestimmt.

Ich komme zur Maßnahme 4 – Verlängerung Kongressfonds und pandemiegerechter Neustart. Ich sehe keine Wortmeldungen. Hierzu gab es meines Erachtens auch keine Fragen zu beantworten. Ich lasse abstimmen: Wer der Maßnahme 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist eine einstimmige Zustimmung.

Zu Maßnahme 5 – Familienhilfen – begrüße ich Frau Staatsekretärin Klebba. Dazu gab es Beiträge, aber keine Fragen, sodass wir darüber abstimmen können. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist einstimmig.

Ich komme zur Maßnahme 6 – Ehrenamts- und Vereinshilfen – und begrüße Herrn Staatssekretär Gaebler. – Herr Walter, bitte!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir haben schon mehrfach über die Vereins- und Ehrenamtshilfen gesprochen, auch über die Neuauflage, und wir sind, glaube ich, alle sehr glücklich, dass das jetzt wieder in Angriff genommen wird. Außer einem großen Lob will ich gar nicht viel dazu sagen. Es gibt einen Punkt, den wir im zweiten Nachtrag in der Erläuterung beschlossen haben. Dazu wollte ich nachfragen, wie der Stand der Planung ist. Unter Punkt 4 ist da ausgeführt worden, dass es dabei auch um die Unterstützung beim Ausfall von Veranstaltungen im Stadtraum geht, insbesondere um Straßenfeste. Da würde mich auch der Stand der Überlegungen interessieren.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Herr Abgeordneter Walter! Wir haben das Programm jetzt so aufgelegt, dass einige Erfahrungen aus dem ersten Programm, der ersten Auflage genutzt werden – dass wir den Antragszeitraum etwas länger machen, dass wir auch bestimmte Dinge für die Antragsstellenden vereinfachen.

Beim Thema Straßenfeste hatten wir schon gesagt: Da gibt es die kleine Schwierigkeit, dass wir ja grundsätzlich sagen, dass das Programm für gemeinnützige Vereine vorgesehen ist. Davon wollen wir auch nicht abgeben, weil wir sonst, glaube ich, insgesamt in Schwierigkeiten geraten. Wir sind jetzt mit der Wirtschaftsverwaltung in Gesprächen, was wir insgesamt bei dem Thema Tourismusförderung, bei den coronabedingten Unterstützungsmaßnahmen auch aus unserem Sonderfonds für besondere touristische Zwecke machen können, was das Bild, das Image und die Anziehungskraft der Hauptstadt ausmacht. In dem Zusammenhang haben wir festgestellt, dass wir für Straßenfeste, die diese Anforderungen erfüllen, auf jeden Fall einen Finanzierungsweg finden wollen, um sicherzustellen, dass sie weiterhin stattfinden können, dass den Veranstaltern zwischenzeitlich nicht coronabedingt die Luft ausgeht und das dann aus dem Veranstaltungskalender der Stadt wegfällt. Da werden wir zeitnah, denke ich, konkrete Angebote machen können.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich habe Wortmeldungen von Herrn Goiny und Herrn Walter. – Bitte!

Christian Goiny (CDU): Eine Möglichkeit für die Veranstalter von Straßenfesten, egal in welcher Form sie auftreten, wäre ja, dass das Land Berlin für dieses Jahr auf die Sondernutzungsgebühren für Straßenland verzichtet und auch bei der Frage der emissionsrechtlichen Genehmigung vereinfachte Regeln in Aussicht stellt, möglicherweise mit einem ermäßigten Gebührentatbestand, was dem Ziel, Herr Staatssekretär, das Sie eben formuliert haben – die Veranstaltungen auch für die kommenden Jahre für Berlin zu erhalten und den Betreffenden gleichzeitig zu helfen –, sicherlich auch dienlich wäre.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Walter!

Sebastian Walter (GRÜNE): Ich danke Ihnen sehr für die Ausführungen. Damit ist eine sehr gute Perspektive gegeben. In der Tat ist der Druck groß; das haben Sie gerade noch einmal beschrieben. Die Frage ist ja, ob Veranstaltungen stattfinden können oder nicht stattfinden können, auch aufgrund der finanziellen Situation; das erreicht uns natürlich auch. Ich will da u. a. dezidiert die queeren Veranstaltungen und Vereine nennen; das sind Großveranstaltungen, die Berlin maßgeblich prägen. Deswegen da auch noch mal Danke für Ihren Vorstoß! Ich wollte fragen, ob es vielleicht in Ordnung ist, wenn Sie uns in vier Wochen, also zur nächsten Hauptausschusssitzung nach der Osterpause, berichten, ob das soweit eingetütet ist. Soweit ich es verstanden habe, geht es jetzt um die Abwicklung und die Frage, wer Dienstleistungen aus dem Topf der Senatskanzlei übernimmt. Vielleicht können Sie uns dann ja berichten, ob das klappt.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny hatte vorhin bereits beantragt, zum 28. April einen Sachstandsbericht zu dieser Vorlage zu erhalten. Ich glaube, das lässt sich synchronisieren, oder? – [Sebastian Walter (GRÜNE): Geht es auch schon vorher?] – Das weiß ich nicht, dazu müsste der Staatssekretär etwas sagen.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Ich kann Ihnen vorher auch bilateral dazu berichten, dann wird es nicht zu kompliziert – wenn das eine Variante ist. Am 28. April kriegen Sie es dann noch einmal schriftlich bestätigt. Vielleicht ist das eine Variante, mit der wir arbeiten können.

Herr Goiny hatte noch eine Frage gestellt: Dazu hat der Senat in seiner Weisheit tatsächlich schon einen Beschluss gefasst, dass er nämlich auf die Sondernutzungsgebühren – ich weiß jetzt nicht genau, ob er insgesamt darauf verzichtet, da muss ich mal in Richtung des Finanzsenators gucken, denn er hat natürlich ein strengeres Auge darauf als ich.

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Er schafft die Möglichkeit, darauf zu verzichten, und hat den Verzicht eingeplant.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Und die Bezirke haben dann die Spielräume, das dann auch entsprechend zu entscheiden. So war es, genau. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Ich lasse über Maßnahme 6 – Ehrenamts- und Vereinshilfen – abstimmen. Wer dafür ist, bitte Handzeichen! – Das sind die Koalitionsfraktionen, die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist der Maßnahme 6 zugestimmt.

Ich rufe auf Maßnahme 7: Wirtschaftsförderung. – Herr Kollatz, bitte!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Frau Vorsitzende! Mein Thema ist nur, ob wir das mit dem Berichten mal sortiert bekommen. Es war vorhin der Wunsch, dass wir einen generellen Bericht zu Ende April fertigen. Das machen wir gerne. Wenn jetzt der eine etwas schneller und der andere etwas langsamer haben will, wird das für uns technisch bestimmte Schwierigkeiten auslösen. Staatsekretärin Dreher hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir bei bestimmten Programmen, wo wir die Schnittstellen vom Bund erst später zur Verfügung gestellt bekommen, noch nicht so schrecklich viel über den Vollzug berichten können. Da können wir aber detailliert darstellen, was wir vorhaben. Wenn das okay ist, dann, würde ich sagen, machen wir jetzt das Thema Ende April, halten das dann aber auch für alles fest. Wenn es zwischendurch Einzelfragen gibt, zu denen es vielleicht auch schon gehaltvolle Antworten geben kann, empfehlen wir bilaterale Kontakte; andernfalls kriegen wir das nicht gescheit geregelt, das ist, glaube ich, auch klar. Ich habe dazu Nicken gesehen. Wenn dazu Einverständnis besteht, dass wir das zu Ende April machen, machen wir einen zentralen Bericht darüber, und dann brauchen wir das jetzt nicht bei jedem Punkt anders zu diskutieren.

Vorsitzende Franziska Becker: So hatte ich Herrn Goiny verstanden. Genau – Kopfnicken! Ansonsten bilateral. Wenn man etwas Aktuelles zu übermitteln hat, ist es immer gut, wenn man miteinander redet und sich informiert.

Wir sind jetzt bei Maßnahme 7: Wirtschaftsförderung. – Bitte, Frau Staatsekretärin!

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenWiEnBe): Dazu gab es vorhin auch noch eine Frage: Der Härtefallfonds des Bundes ist noch nicht end-, end-, endgültig verhandelt. Jetzt gerade läuft parallel wieder eine der vielen Telefonkonferenzen, über die Herr Dr. Kollatz bereits berichtet hat, die uns wirklich sehr viel Zeit kosten; klar, 16 Länder und der Bund telefonieren gerne vier Stunden miteinander. Wenn es dann zur Klärung der Sachverhalte hilft, bin ich auch immer gerne dazu bereit. – Tatsächlich ist es so, dass ich hoffe, dass wir bis Ende der Woche damit durch sind, sodass dann auch ich in die Lage versetzt worden bin, etwas zu unterschreiben. Deshalb – geben sie die Mittel auch frei, hoffentlich, kann ich die Verwaltungsvereinbarung spätestens Anfang nächster Woche unterschreiben. Dann kann auch da für all diejenigen losgelegt werden, die bislang noch in kein Förderprogramm reingepasst haben.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich komme zur Abstimmung über Maßnahme 7 – Wirtschaftsförderung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist einstimmig.

Ich rufe Maßnahme 8 – Konjunkturfördernde Projekte für die Tourismusbranche – auf. Gibt es hierzu Beiträge? – Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Zunächst, damit auch der Kollege Wesener zufrieden ist, will ich sagen, dass wir es sehr gut finden, dass sich der Senat beim Thema Straßenfeste verständigt hat, in diesem Jahr großzügig zu sein und auf die Gebühren zu verzichten. Ich finde es auch sehr gut, um den Bogen zu dieser Maßnahme zu spannen, dass der Senat jetzt auch noch mal besondere Aktivitäten von „visit Berlin“ unterstützt, weil das, glaube ich, ein ganz wichtiger strategischer Partner ist, der uns im Bereich Tourismus helfen kann.

Ich will bei dem Punkt noch drei Fragen an die Wirtschaftsverwaltung anschließen. Zum einen schreiben Sie hier, dass es eine Kommunikations- und PR-Initiative zur Ansprache der

Berliner Gastronomie gibt. Es ist sicherlich gut, das zu machen. Die Frage ist: Wird das dann auch noch mal ergänzt um mögliche Verabredungen zum Beispiel mit dem DEHOGA, was eine Schnellteststrategie, was zum Beispiel auch den Einsatz der Luca-App anbetrifft? Bei der Frage hat sich der Regierende Bürgermeister erfreulicherweise mal klar positioniert. Wird man unterstützende Konzepte mit der Gastronomie für dieses Jahr verabreden, mit denen dann irgendwann hoffentlich auch ein Betrieb wieder möglich ist, oder beschränkt sich das allein auf, sagen wir mal, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, was Sie hier planen?

Wir haben ja unseren Vorschlag mit der Förderung der Hotels in Berlin unterbreitet. Was plant die Wirtschaftsverwaltung, um hier entsprechend tätig zu werden und zu helfen? – Der letzte Punkt: Wir haben im Land Berlin diverse Festivals und Veranstaltungen, die eine hohe Tourismusaffinität haben und sowohl national als auch international renommiert sind; ich denke da z. B. nur an das Festival „Eat! Berlin“. Ist geplant, das im Zuge des Tourismusneustarts auch in diesem Jahr zu unterstützen?

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Staatsekretärin!

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenWiEnBe): Zum ersten Punkt: Die Senatorin ist, zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister, ständig mit dem DEHOGA und den entsprechenden Branchen aus der Gastronomie im Kontakt. Das letzte Round-Table-Gespräch hat am letzten Freitag stattgefunden. Da wurde tatsächlich darüber gesprochen: In welchen Bereichen können Strategien von uns unterstützt werden? – Auch das kann über diese Programme nachher laufen. Viele dieser Programme, das lesen Sie ja auch, sind branchenoffen, sodass wir niemanden von der Förderung ausschließen. Da sind auch Vorschläge gemacht worden, wie was laufen kann und wie ggf. das, was Kultur vorgeschlagen hat, als Prototyp laufen kann oder oder. Das überlassen wir aber tatsächlich den einzelnen Branchen und können sie dann halt nur finanziell unterstützen.

Die Festivals unterstützen wir auch weiterhin, so sie denn überhaupt eine Chance haben, dieses Jahr an den Start zu gehen. Wenn sie andere Formate wählen, digital oder so, dann würde auch so etwas unterstützt werden können.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Goiny noch einmal.

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank für diesen Zwischenbericht! Vielleicht können Sie so freundlich sein, Frau Staatsekretärin, und, sollte es – Konjunktiv! – in den von mir angesprochenen Punkten Ende April einen Sachstand geben, kurz in dem gemeinsamen Bericht ausführen, wie sich die Dinge jeweils konkretisiert oder weiterentwickelt haben. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Ich sehe Kopfnicken bei Frau Staatsekretärin.– Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Ich habe am Anfang im Rahmen der allgemeinen Aussprache nachgefragt, wie Sie gerade im Bereich Tourismusmarketing die Zeitschiene bewerten. Marketing für geschlossene Hotels zu machen ist schwierig. Eine Glaskugel haben wir alle nicht. Trotzdem brauchen wir natürlich einen Vorlauf. Das würde mich an diesem Punkt noch interessieren. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Staatsekretärin!

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenWiEnBe): Frau Vorsitzende! Frau Abgeordnete Meister! Es ist tatsächlich so, dass niemand von uns eine Glaskugel hat, aber wir geben die Hoffnung auch nicht auf, dass wieder etwas stattfinden kann. Ich denke, insbesondere bei „visit Berlin“ laufen die Vorbereitungen in Zusammenarbeit mit der Hotel- und Gaststättenbranche usw. in die Richtung, die wir für Ende des letzten Jahres schon geplant haben: „Erlebe deine Stadt“ und „Berlin ist mehr“ – dass diese ganzen Sachen laufen werden. Es geht aber auch um die Frage, wie man die Hotellerie bei Hygienekonzepten, Teststrategien usw. unterstützen kann. Da ist Herr Kieker, der Chef von „visit Berlin“, mit den einzelnen Branchen, glaube ich, in sehr gutem Austausch. Vielleicht klappt ja tatsächlich im Spätherbst, Richtung Weihnachten wieder etwas, dass auch wieder etwas durchgeführt werden kann und dass wenigstens ein paar Berlinerinnen und Berliner die Hotels stürmen können.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay. – Ich lasse über die Maßnahme 8 abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist einstimmig. Vielen Dank!

Ich hatte eingangs gesagt, dass ich mit der Maßnahme 9 – Visual Effects – den Tagesordnungspunkt 10 aus dem EP 03 – Regierender Bürgermeister – mit aufrufe. Es geht um den Bericht rote Nr. 3221 A – Filmförderung, Kinos und Filmfestivals in der Pandemie. Ich würde das jetzt zunächst abarbeiten. – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Zwei Punkte – zum einen wollte ich fragen, wann unser Änderungsantrag zum Thema Hotelförderung abgestimmt wird. Nicht, dass der untergeht!

Vorsitzende Franziska Becker: Nein, das hatte ich auch schon gesagt, dass das unter Maßnahme 11 abgehandelt wird.

Christian Goiny (CDU): Entschuldigung! Das hatte ich nicht notiert. – Dann habe ich zu dem gerade aufgerufenen Thema zwei Anmerkungen, zum einen: Vielen Dank, dass auch beim Thema VFX-Förderung eine Erhöhung stattfindet! Das ist hier im Haus ja ein sehr breit getragenes Projekt gewesen; dafür haben sich die Koalitionsfraktionen zusammen mit FDP und CDU eingesetzt. Ich glaube, es zeigt sich in diesen Zeiten, wie gut es war, dass wir das gemacht haben, denn das Geld ist jetzt schon belegt. Dass hier noch einmal nachgesteuert wird, finden wir sehr gut.

Zu der anderen Vorlage, die mit aufgerufen worden ist, habe ich eine Nachfrage, die vielleicht die Senatskanzlei beantworten kann. Hier werden auch die diversen Festivals aufgeführt, die im letzten Jahr von Medienboard und anderen gefördert wurden und jetzt auch gefördert werden sollen. Wir hatten uns, meiner Erinnerung nach, Herr Staatssekretär, im Medienausschuss darauf verständigt, dass nach dem großen Erfolg, den wir letztes Jahr mit dem Human Rights Film Festival hatten, das auch in diesem Jahr noch mal vom Land Berlin unterstützt werden soll. Vielleicht können Sie uns dazu kurz etwas sagen oder es hilfsweise in den Folge- oder Sachstandsbericht Ende April aufnehmen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Herr Abgeordneter Goiny! Die Gespräche dazu laufen, wir prüfen also, ob wir das wieder aufnehmen. Ich denke, dass wir das, wie Sie schon gesagt haben, im letzten Jahr gut hinbekommen haben und es sinnvoll wäre, es auch dieses Jahr einzubeziehen.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann erkläre ich den Bericht rote Nr. 3221 A unter TOP 10 als zur Kenntnis genommen. – Ich komme jetzt zur Abstimmung über die Maßnahme 9 – VFX-Förderung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen, die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist der Maßnahme 9 ebenfalls zugestimmt worden.

Ich komme zu Maßnahme 10 – Clubbranche. Gibt es hierzu Wortmeldungen? Muss darauf noch geantwortet werden? – Ich glaube nicht. Dann lasse ich abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen, die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? Enthaltungen? – AfD-Fraktion. Damit ist dem zugestimmt.

Ich komme zu Maßnahme 11 – Sofort- und Neustarthilfen für den Kulturbereich. Ich hatte es eingangs gesagt, dass wir an dieser Stelle die Änderungsanträge der CDU-Faktion behandeln. Es geht um die rote Nr. 3385 C; das würde ich zunächst behandeln. – Gibt es hierzu eine Wortmeldung? – Nein. Ich lasse zunächst zur lfd. Nr. 1 abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die FDP-Fraktion. Enthaltung? – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer der lfd. Nr. 2 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die FDP-Fraktion. Enthaltung? – Das ist die AfD-Fraktion. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Gibt es Wortmeldungen zu Maßnahme 11? – Ansonsten begrüße ich noch Herrn Staatssekretär Wöhlert und bitte um Beantwortung der vorherigen Fragen.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich werde es probieren. – Mit Blick auf Herrn Goiny: Was wir hier machen, steht in keinem Lehrbuch. Natürlich kann man an jeder Stelle versuchen, links- oder rechtsherum zu gehen. Man weiß oft erst hinterher, welches der richtigere Weg gewesen ist. Dass wir die Hilfsprogramme und Maßnahmen nur bis Juni gestrickt haben, ist nicht ganz richtig. Ein Teil davon ja, das will ich gleich zu erklären versuchen. Ich warne auch davor zu glauben, dass eine institutionelle Förderung, so wie dieses Haus sie in der LHO designt hat, mit deutlich weniger Bürokratie verbunden wäre, selbst wenn man diesen Weg gehen würde. Das kann ich zumindest aus Blick einer Kulturverwaltung nicht unbedingt bestätigen.

Grundsätzlich finde ich es gut, dass Kultur hier in diesem Zusammenhang so prominent diskutiert wird. Das hat was mit der Stadt zu tun. Und natürlich, um auch diese Frage zu beantworten, haben wir versucht, in diesen Teil Erfahrungen aus der ersten Runde einfließen zu lassen.

Vielleicht hilft es, wenn man die einzelnen Player noch einmal auseinandennimmt. Wir haben die künstlerisch und kulturell tätigen Soloselbstständigen – dazu ist heute alles gesagt worden. Dann haben wir das Gebiet der freien Szene, freie Künstlerinnen und Künstler. Da haben wir auf der einen Seite die reguläre Förderung, die weiterläuft. Coronabedingt verstärken wir an bestimmten Stellen; das sehen Sie zum Beispiel an den Stipendien. Und wir haben das Zuwendungsrecht soweit angepasst und verändert, dass es den Coronabedingungen gerecht wird, dass man also Projekte, auch während sie laufen, umwidmen und umsteuern kann. Dann haben wir die eigenen Einrichtungen, denen wir am Jahresende im letzten Jahr und auch im jetzigen Jahr die Defizite, die coronabedingt auftreten, ausgleichen werden können; dafür sind entsprechende Gelder eingestellt.

Dann haben wir das, was für uns komplett neu ist, und das ist der Teil, auf den Sie abgehoben haben: Das sind die privaten Kulturunternehmen, die wir nach diesem Programm bis jetzt bis Juni in der Soforthilfe IV – versorgen werden, hätte ich jetzt beinahe gesagt, also denen wir mit der Soforthilfe helfen werden, und das im Sinne einer Liquiditätshilfe. Dann haben wir antizipiert, dass ab Juni – und das ist wirklich nicht sicher – ein langsames Hochfahren im Kulturbetrieb wieder möglich sein könnte. Ob das nach den jüngsten Entwicklungen, die wir bei dem Impfengeschehen und der Impfentwicklung sehen, tatsächlich so sein wird, weiß heute kein Mensch. In diesem Paket sind deswegen die 20 Mio. Euro enthalten, die hier als Tilgungszuschuss ausgewiesen sind, weil uns klar war – und das haben Sie in Ihrem Eingangsstatement, glaube ich, auch gesagt –, dass die Kredite, die einige Unternehmen aufgenommen haben, um zu überleben, den Neustart und das Öffnen nicht tragen werden können, und wir hier sehen, dass wir helfen müssen.

Es ist auch schon gesagt worden, dass das nicht das Ende der Fahnenstange ist, sondern dass auch ein Nachschlag kommen muss. Wir haben zudem Sachen, von denen wir noch nicht wissen, wie sie kommen. Das sind Bundesprogramme, die gerade auf die Veranstaltungsbranche zielen. Wir wollen gucken, dass wir dann die Lücke füllen, die unter Umständen durch das Bundesprogramm nicht gefüllt wird.

Parallel dazu, das ist auch erwähnt worden, gibt es den ganzen Bereich Lüftung und Luftreinigung. Das wird auch über das hinausgehen müssen, was wir jetzt hier in diesem Fall haben. – Und weil auch danach gefragt wurde: Öffnungsstrategien. Der Pilot ist erwähnt worden, und der betrifft nicht nur die klassische Kultur, sondern auch Veranstaltungsbereiche und wird auf den Sportbereich ausgedehnt. Der folgt einer Logik eines Öffnungspapiers, das Mediziner mit anderen Wissenschaftlern entworfen haben, und guckt, wie man auch unter Pandemiebedingungen Kultur und Veranstaltungen wieder stattfinden lassen kann. Natürlich steht im Kern die Frage: Wie verbindet sich das Testen als zusätzliches Steuerungsinstrument mit Hygienemaßnahmen und Lüftung zu einem sicheren Veranstaltungs- oder Kulturregenuss? Wir werden das ausdehnen, und das Testen wird sicherlich für eine längere Zeit als wir es dachten, wichtig werden; irgendwann, wenn die Impfungen durch sind, kann man mit dem Testen zurückfahren. Senator Kollatz hat es angedeutet und gesagt: Wenn der Pilot zeigt, wie sich verschiedene Testregimes mit Veranstaltungsbesuchen verbinden lassen – sei es vor Ort, wie wir es in der Philharmonie probieren werden, sei es das Ansteuern von Testzentren oder von Test-to-go-Stationen, die in den nächsten Wochen sicherlich an verschiedenen Stellen vorhanden sein werden – und wie sich das auch so verbinden lässt, dass man die ganze Sache unter Umständen digital löst – also dass man nicht mit drei Zetteln vor dem Veranstaltungssaal steht, dem personalisierten Ticket, dem negativen Testergebnis und dem Personalausweis –, wenn

wir das ausgewertet haben, wird man sicherlich auch gucken, wo man hier Verstärkung machen muss, damit auch private Kultureinrichtungen von dieser Strategie profitieren können, denn die haben nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie schlagen den Test auf den Ticketpreis drauf oder aber sie nehmen es in ihre Betriebskosten rein.

Im Rahmen der Öffnungsstrategie haben wir auch den Mobilitätsfonds drin, wo wir zusätzliche Kosten zu finanzieren versuchen wollen, die dadurch entstehen, dass Veranstaltungen nicht drinnen stattfinden, sondern nach draußen verlagert werden. Es gibt Ideen, Kulturbusse fahren zu lassen, vor allen Dingen für Kinder und Jugendliche – zu ihren kulturellen Angeboten. Hier haben wir auch ein Programm enthalten, mit dem wir sowohl die privaten als auch die öffentlich geförderten Kultureinrichtungen ermutigen wollen, stärker auf das regionale Publikum zuzugehen und da vor allen Dingen neue Publikumsschichten zu erschließen. Das hat auch ein bisschen den Hintergrund, dass nicht damit zu rechnen ist, dass der Tourismus, der innerdeutsche, vor allen Dingen der internationale Tourismus, in den nächsten Monaten wieder in dem Maße hochfahren wird, wie das vorher der Fall war, und da dann Publikumsschichten wegbrechen. Auch hier werden wir mit entsprechenden Marketingkampagnen und der Unterstützung von Besucherorganisationen vor allen Dingen ein regionales, städtisches, innerstädtisches oder ein Publikum, das an den Stadträndern, im Speckgürtel wohnt, zu erschließen versuchen. – Das ist, grob beschrieben, das Design des Pakets Sofort- und Neustarthilfen für den Kulturbereich.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny, dann Frau Meister.

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! – Ich will noch mal einen Punkt aufgreifen, den auch der Finanzsenator vorhin angesprochen hat, der sich ja erfreulicherweise gerne mit Kultur beschäftigt. Zu den Soloselbstständigen will ich sagen, Herr Senator: Auch der DJ ist natürlich in der Lage – wäre man unserem Vorschlag gefolgt –, dann, wenn zum Beispiel eine Kulturreinrichtung ein Budget im Rahmen einer Zuwendung für Online-, Streamingveranstaltungen erhält, mal wieder ein Honorar zu bekommen, was er momentan nicht bekommt. Viele der Soloselbstständigen sind Mitarbeiter, Techniker, Sicherheitsleute, Servicekräfte, die wir in den Kulturveranstaltungsbereichen haben, die man damit natürlich hätte beschäftigen können. – [Zurufe von Torsten Schneider (SPD) und Steffen Zillich (LINKE)] – Ja, aber wenn man eine Veranstaltung plant –

Vorsitzende Franziska Becker: Bitte keine Einzelgespräche!

Christian Goiny (CDU): – wenn man eine Bühne baut und eine Veranstaltung vorbereitet, haben die auch wieder einen Job. Jetzt arbeiten die alle in den Impfzentren, ist auch gut. Ist eine bessere Hilfe als das, was wir hier landes- und bundesweit ansonsten auf den Weg gebracht haben. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Na ja, noch sind ja nicht alle Impfdocs verabreicht; die Senatorin hortet die ja auch ein Stück weit. – [Torsten Schneider (SPD): Genau! Die, die jetzt verboten sind von Herrn Spahn!] –

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt ist Herr Goiny dran!

Christian Goiny (CDU): Nein, die anderen sind auch noch nicht alle verbraucht, glaube ich. – Ich habe noch zwei, drei Fragen, die entweder jetzt oder mit dem Sachstandsbericht beantwortet werden können. Wie ist in Ihrem Hause die Zeitschiene für die Antragsfristen,

die sich aus diesen Programmen ergeben? Sie hatten da ja mehrstufig einiges erwähnt. Ist geplant, dass man zum Beispiel Musikstudios, die wir in Berlin in größerer Zahl haben, besonders unterstützt? Denken Sie in Analogie zu dem, was Staatssekretär Gaebler vorhin gesagt hat, darüber nach, beim Thema Genehmigung von Open-Air-Veranstaltungen gegebenenfalls eine analoge Regelung wie für Straßenfeste zu treffen, oder gibt es die möglicherweise schon?

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Ich habe nur noch mal eine Bitte. Ich finde das mit der Soforthilfe IV eine ganz gute Maßnahme. Wenn ich mich recht erinnere, gab es die Soforthilfe IV 1.0 und 2.0, die auch ausgezahlt worden sind. Meiner Meinung nach gab es dazu auch eine rote Nummer, an wen. Es gab doch aber auch schon eine Soforthilfe IV 3.0, und dazu würde ich mir einen Bericht wünschen, an wen die ausgezahlt worden ist – wenn Sie jetzt nicht gerade sagen, 3.0 gab es noch gar nicht, das wird sie erst. Wenn es eine gab, würde ich gerne wissen, wohin.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Frau Vorsitzende! Weil der Kollege Goiny gerade gesagt hat – im Wortprotokoll, wohlgernekt! –, die Senatorin hörte Impfdosen, jenseits der jetzt von Herrn Spahn verbotenen – [Heiko Melzer (CDU): Sind doch nicht verboten!] –, zitiere ich mal aus dem Protokoll der Gesundheitsministerkonferenz vom 21. Dezember 2020, wonach Bundesminister Spahn empfiehlt, es sollten 50 Prozent verimpft und die anderen 50 Prozent für die Zweitimpfungen zur Seite gelegt werden.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich komme jetzt zur Abstimmung der Maßnahme 11 – Sofort- und Neustarthilfen für den Kulturbereich. Wer dafür ist, bitte Handzeichen! – Das sind die Koalitionsfraktionen, die FDP- und die AfD-Fraktion. Dagegen? Enthaltung? – CDU-Faktion. Damit ist dem zugestimmt.

Ich komme zu Maßnahme 12 – Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz für den Kulturbereich. Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer dafür ist, bitte Handzeichen! – Das ist einstimmig, einstimmig zugestimmt.

Maßnahme 13: Resilienz der Infrastruktur im IT-Bereich. – Ich begrüße Frau Staatsekretärin Smentek. – Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Herr Zillich, dann Frau Dr. Brinker.

Steffen Zillich (LINKE): Bei diesem Programm habe ich eine Frage hinsichtlich des Umsetzungszeitraums. Das sind zum Teil Investitionen und Ähnliches, die eine gewisse Vorbereitung brauchen werden. Die Frage ist, in welchem Zeitraum da die Umsetzung geplant ist.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Dr. Brinker!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Das ist die Frage, die ich schon am Anfang gestellt habe, wie diese guten, notwendigen Projekte tatsächlich umgesetzt werden können, ob dafür ausreichend Personal vorhanden ist und wie Sie das organisieren. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Bitte, Frau Staatsekretärin!

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Schönen Dank für die Fragen! Ich möchte zunächst etwas zum Zeitraum der Umsetzung sagen. Es handelt sich hierbei um Maßnahmen, die allesamt in diesem Jahr umgesetzt werden können – und auch umgesetzt werden müssen, sage ich jetzt mal aus Sicht der IT-Staatssekretärin. Das leitet über zu der Fragestellung von Frau Dr. Brinker: Wir haben uns sehr genau überlegt, welche Maßnahmen wir hier aufführen und welche nicht. Wenn wir nach der Bedarfslage gegangen wären, wäre es ein Vielfaches dessen geworden, was wir jetzt einbringen. Wir haben uns sehr bewusst für die Maßnahmen entschieden, die die IT-Infrastruktur für die meisten Beschäftigten stärken – also Wirksamkeit – und die vor allen Dingen auch mit den Kapazitäten zu schaffen sind, die sowohl in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, der IKT-Steuerung, wie aber auch im ITDZ plus externen Dienstleistern, die wir hier nutzen werden, vorhanden sind, damit wir kurzfristig mit der Umsetzung klarkommen. Das ist also eine Abwägung, die wir bei der Vorlage schon vorgenommen haben.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und komme zur Abstimmung über Maßnahme 13. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist einstimmig.

Ich rufe Maßnahme 14 – Elektronisch unterstütztes Lernen für Auszubildende in Berlin – auf. Gibt es Wortmeldungen? – Ich komme zur Abstimmung. Wer der Maßnahme 14 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist einstimmig.

Ich komme jetzt zur Maßnahme 15 – Verstärkungsreserve. Gibt es Wortmeldungen? – Herr Schneider, bitte!

Torsten Schneider (SPD): Ich fand den Vorschlag des Finanzsenators sehr plausibel, auch mit der Einschränkung, dass sich das natürlich um die erwartbaren, aber noch nicht quantifizierbaren Bundeseinnahmen entsprechend reduziert. Der Formulierungshilfe würden wir uns anschließen; wir würden sie uns zu eigen machen. Dann hätten wir nach wie vor ein 500-Mio.-Paket und hätten auch sehr plausible Coronamaßnahmen da reingebbracht. Ich will aber klarmachen, dass ich die etwaige Fachdebatte um den 36 jetzt nicht abwürgen will – die können wir nachher noch führen, als Verfahrensvorschlag –, dass wir sie jetzt nicht wegdrücken. Wir können sie aber auch gleich führen, das stelle ich anheim. Also, formal wäre es so, dass der Senat seinen Vorschlag da austauscht und wir dem Senat folgen.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich mache jetzt folgenden Vorschlag: Ich beziehe mich hierzu auf Tagesordnungspunkt 30 B, das ist die rote Nr. 3449, das Schreiben der Gesundheitsverwaltung, Umsetzung der Maßnahme Beschaffung von Schnelltests des Berliner Schutz-Testkonzepts im Rahmen des Berliner Schutz-Testkonzepts. Dazu würde ich etwas vorlesen, mir ist ein Zettel zugesteckt worden, was wir beschließen können:

Der Hauptausschuss beschließt:

Die unter Punkt 15 ausgewiesene Verstärkungsreserve (45 760 000 Euro) wird freigegeben nur für die Gegenfinanzierung der nicht durch Bundeserstattungen refinanzierten Mittel des Berliner Schutz-Testkonzepts (s. rote Nr. 3449 – TOP 30 B) – einschließlich der Beschaffung der Tests.

Dann lasse ich zunächst hierüber abstimmen. Wer dafür ich, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen, die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist dem hier zugestimmt worden.

Der Umgang mit der Maßnahme 15, dazu würde ich mit der Maßgabe des soeben gefassten Beschlusses die Maßnahme 15 zur Kenntnis nehmen. – Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Auch damit habe ich kein Problem, aber ich glaube, Sie hatten 75 Millionen Euro gesagt, wenn ich mich nicht irre, aber es müssten wohl 45 Millionen sein. – [Zurufe] – Dann habe ich das falsch verstanden, Entschuldigung! –

Vorsitzende Franziska Becker: [ohne Mikrofon] – Entschuldigung! Konzentrieren Sie sich bitte! Wir machen gleich eine Pause.

Ich lasse jetzt über die Kenntnisnahme der Maßnahme 15 abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist einstimmig.

Jetzt komme ich zur Schlussabstimmung. Für die Maßnahmen, denen soeben zugestimmt wurde, wurde auch der Entnahmen aus der Rücklage zugestimmt. Jetzt kommt die Schlussabstimmung zu den beiden roten Nummern: Ich lasse zunächst über a abstimmen. Wer dem Schreiben rote Nr. 3385 wie beantragt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitions-, die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist 2 a zugestimmt worden.

Ich komme zu b. Wer dem Schreiben wir beantragt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitions-, die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – AfD-Fraktion. Damit ist auch dem zugestimmt worden.

Wir machen jetzt eine Pause bis um 14.30 Uhr.

[Unterbrechung der Sitzung von 14.04 Uhr bis 14.32 Uhr]

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Wir kommen zu

Punkt 11 der Tagesordnung

- | | |
|---|------------------------|
| a) Bericht RBm-SKzl – V C – vom 14.12.2020
Perspektiven des Botanischen Gartens hinsichtlich
Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungsarbeit
sowie Investitionen in Bestandsgewächshäusern
(Berichtsauftrag aus der 60. Sitzung vom 01.11.2019) | 0403 F
Haupt |
| b) Schlussbericht RBm – Skzl – V C – vom 26.01.2021
Botanischer Garten
hier: Projekte und Maßnahmen im Bereich
Digitalisierung
(Berichtsauftrag aus der 65. Sitzung vom 27.11.2019) | 3084 B
Haupt |

Gibt es hierzu von Ihrer Seite aus Wortmeldungen? – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Das können wir relativ kurz machen. Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Vorlage dieser Berichte. Mit Rückblick auf diese Wahlperiode kann man ja sagen, dass es tatsächlich gelungen ist, wahrnehmbar einen Fortschritt zu gestalten, was die Unterstützung des Botanischen Gartens anbetrifft, und zwar genau in den beiden Punkten, die hier auf der Tagesordnung stehen. Ich würde es begrüßen, wenn es möglich ist, auch im Rest dieser Wahlperiode diese Projekte weiter voranzutreiben. Das haben Sie auch schon signalisiert. Ich habe noch eine Nachfrage zum Investitionsprogramm, weil da das Mittelmeerhaus, das wir uns im Rahmen einer Baurundfahrt angucken konnten, erwähnt ist: Ist denn beabsichtigt, dass im Zuge der Haushaltsplanaufstellung, die verwaltungsseitig erfolgt, das zeitlich schon näher zu konkretisieren als in dem Umfang, wie das hier vorgesehen ist, oder können Sie uns ggf. im Laufe der nächsten Wochen dazu eine konkretere Auskunft geben?

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Herr Schlüsselburg!

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch meine Fraktion hat zwei Nachfragen. Ich fange mit dem eben schon von Herrn Goiny erwähnten Mittelmeerhaus an. Das ist eine ganz interessante Chiffre, um das Spannungsverhältnis zwischen Investitionsplanung einerseits und der Finanzplanung andererseits hier exemplarisch aufzurufen. Die GRW-Mittel, die in der Vorlage genannt sind, dazu habe ich keine Nachfragen, darüber haben wir eine Sammelübersicht. Aber ich glaube, das ist ein guter Punkt, um darauf hinzuweisen, dass natürlich immer wieder versucht wird – gern auch mit Verweis auf die Finanzplanung – in entsprechende Vorlagen – zur Kenntnisnahme – Beträge hineinzusetzen. Ich will aber darauf hinweisen, dass wir trotz alledem das als Haushaltsgesetzgeber scharf untersetzen müssen und hier noch keine Präjudizien haben können, insbesondere dann nicht, wenn wir eine Überzeichnung der Investitionsplanung haben, die sich abzeichnet, und wir auch noch nicht die Grundlageentscheidung getroffen haben, wie wir uns mit Blick auf die stattfindenden coronabedingten Einnahmeausfälle aufstellen, zum Teil auch aufgrund eines niedrigeren Bevölkerungssaldo als in den vergangenen Jahren. Ich will das an dieser Stelle nur erwähnt haben, denn das wird auf uns hier im Ausschuss noch zukommen.

Die konkrete Nachfrage, die ich habe, bezieht sich auf die rote Nr. 3084 B, in der noch mal die verschiedenen Projekte und Maßnahmen zum Thema Digitalisierung genannt und aufgelistet worden sind. Können Sie uns, Herr Staatssekretär, noch mal sagen, wie viel Geld in die jeweiligen Projekte, circa, bis jetzt kassenwirksam geflossen sind, gern auch zusammen mit den Bundesmitteln? Wenn Sie die Frage jetzt nicht beantworten können, können Sie die Antwort auch gern nachreichen. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich würde gern konkret wissen, wie weit der Neubau eines Besucherzentrums im Eingangsbereich am Königin-Luise-Platz gediehen ist, und auch die weiteren Neubauprojekte, in welchem Umsetzungsstand sind die, bzw. die Grundsanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Zur Digitalstrategie würde mich interessieren, was sozusagen der Output ist, außer der Dokumentation. Wie wird der ausgetauscht und welchen wissenschaftlichen Wert hat das über die Dokumentation hinausgehend? Letzte Frage: In Ihrer Vorlage steht, dass die Finanzierung im Rahmen der Hochschulverträge gewährleistet sein muss. Ist das denn gesichert, dass die dort auch vollzogen werden, die gesamtdeutschen Digitalisierungskonzepte der Herbarien? Sind die Hochschulverträge soweit abgesichert?

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Dann bitte ich den Herrn Staatssekretär um Beantwortung!

Staatssekretär Steffen Krach (SKzL): Ganz herzlichen Dank! – Ich fange an mit der Frage zum Mittelmeerhaus. Ich war ja auch dabei, als wir uns gemeinsam das Mittelmeerhaus angesehen haben. Dass es sanierungsbedürftig ist, steht, glaube ich, außer Frage. Deswegen ist es auch Bestandteil der Finanzplanung 2020 bis 2024 mit rund 18 Millionen Euro, und einer ersten Rate im Jahr 2023. Natürlich können wir hier nicht den weiteren Haushaltsberatungen vorgreifen, das wurde gerade gesagt, und dass wir das natürlich noch ein bisschen anschärfen müssen.

Zu der zweiten Frage, wie hoch im Einzelnen die Mittel für die Projekte, die in dem Bericht rote Nr. 3084 B vorgestellt worden sind, waren, das würde ich gern in einem weiteren Bericht nachreichen. Genauso auch wie die Antwort zu der Frage, wie der Sachstand zum Besucherzentrum ist. Bezuglich der Frage Digitalisierung und Finanzierung im Hochschulvertrag ist es natürlich so, dass es seit vielen Jahren eine klare Regelung gibt, dass rund 2,43 oder 2,49 Prozent des konsumtiven Zuschusses für die Freie Universität dem Botanischen Garten als Zentralinstitut der Freien Universität zur Verfügung gestellt werden. Das ist vor vielen Jahren vereinbart worden. Sprich: Wenn wir den Hochschulvertrag erhöhen, wie in den vergangenen fünf Jahren, immer mit 3,5 Prozent, steigt auch der Zuschuss für den Botanischen Garten, weil natürlich 2,49 oder 2,43 Prozent von 350 Millionen Euro mehr ist als von 320 Millionen Euro. Wir haben jetzt einen Hochschulvertrag bis zum Jahr 2022. Inwiefern der verlängert wird, also verlängert wird er mit Sicherheit, aber wie hoch dann die Zuschüsse sind, das ist Bestandteil von Haushaltsberatungen, denen ich natürlich heute nicht vorgreifen kann. Natürlich hängt dann damit auch die Digitalisierung zusammen. Wir sind schon einige Schritte vorangekommen bei der Digitalisierung des Botanischen Gartens. Natürlich trägt die Digitalisierung nicht nur dazu bei, dass man ganz anders mit den ganzen Schätzen, die dort im Botanischen Garten sind, umgehen kann, sondern es findet auch ein völlig anderer internatio-

naler Austausch statt. Wenn die Botanischen Gärten, die Kooperationen in die ganze Welt haben, ihre Exponate digitalisiert haben, ist es natürlich einfacher, einen internationalen, einen nationalen Austausch vorzunehmen. Deswegen hat die Digitalisierung auch weit über die Dinge hinaus, die für die Besucher und Besucherinnen wichtig sind, eine sehr große Bedeutung für die wissenschaftliche Arbeit des Botanischen Gartens. Die Finanzierung ist in dieser Laufzeit des Hochschulvertrages gewährleistet gewesen durch das, was wir im Hochschulvertrag vereinbart haben. Wir hatten ja auch noch mal einen Sondertatbestand in dem Hochschulvertrag verankert, wodurch der Botanische Garten auch noch mal zusätzliches Geld bekommen hat. Wie, in welcher Form es dann nach 2022 mit dem dann anschließenden Hochschulvertrag 2023 bis 2027 weitergeht, das wird Bestandteil von Hochschulvertragsverhandlungen und von Haushaltsberatungen sein, die dann hier geführt werden. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Wir haben zwei Wortmeldungen. Zunächst Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Als Laie halte ich die Digitalisierung für den internationalen Austausch auch für total wichtig. Ich glaube auch, dass es für den Artenschutz einen echten Impact haben kann. Mit ist nur in Ihrer Vorlage aufgefallen, dass am Botanischen Garten bislang etwa – ich zitiere – 20 Prozent des fast 4 Millionen Belege umfassenden Herbariums digitalisiert worden seien und das seit dem Jahr 1999. Wenn man das hochrechnet, haben wir, glaube ich, in 100 Jahren alles digitalisiert, aber vielleicht gibt es die Arten dann gar nicht mehr. Ich wollte deshalb fragen, ob es eine Möglichkeit gibt, das zu beschleunigen oder kann man sich das so vorstellen, dass mit fortgeschrittener Digitalisierung in den letzten Jahren mehr digitalisiert worden ist als Ende der Neunzigerjahre bzw. könnten Sie uns einen Plan aufliefern, bis wann dieses wichtige Herbarium durchdigitalisiert worden ist?

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! – Ich will den Gedanken vom Kollegen Lux aufgreifen, weil es in der Tat so ist, dass wir mit dieser Einrichtung zusammen mit dem Naturkundemuseum zwei Wissenschaftseinrichtungen von Weltruf haben, die natürlich nicht dazu da sind, dass man sich einen Christmas-Garden anguckt oder am Wochenende zu Ostern dort spazieren gehen kann und sich ein paar Blümchen anguckt. Das ist auch schön und wichtig, insbesondere, weil es auch zur Finanzierung des Gartens beiträgt, aber wir möchten auch noch mal von unserer Seite die wissenschaftliche Bedeutung dieser Institution betonen. Da ist es in der Tat unbefriedigend, dass der Botanische Garten nicht in der Lage ist, weil er die finanziellen Mittel nicht hat, allein nur im Bereich der Digitalisierung in der Liga vorne mitzuspielen, in der er eigentlich spielen müsste. Wir haben das richtigerweise auch mit Unterstützung des Deutschen Bundestages geschafft, das beim Naturkundemuseum entsprechend voranzubringen. Das ist, glaube ich, eine wichtige Entscheidung gewesen. Aber wir müssen natürlich, wenn ich das für meine Fraktion einmal sagen darf, dafür sorgen, dass wir hier auch vorankommen.

Der zweite Punkt, was die Investitionen und die Hochschulverträge anbetrifft, da ist es natürlich richtig, dass eine 3,5-prozentige Erhöhung eine Steigerung für den Botanischen Garten bedeuten würde in der anteiligen Finanzierung, wie dargestellt, über die Freie Universität. Gleichwohl, das sagen wir auch nicht erst seit heute, ist es so, dass bestimmte Bereiche einfach nicht auskömmlich finanziert sind. Wir haben ja auch Kostensteigerungen in anderen

Bereichen, wir haben Gehaltssteigerungen beim Personal und, und, und. Das heißt, die 3,5 Prozent, die wir da raufpacken, das ist nicht übrig, wenn es das mehr gibt, um es deutlich zu sagen. Wir glauben auch, das ist die Kehrseite der Diskussion um die Digitalisierung, dass für die wissenschaftliche Arbeit – das hat uns in der Vergangenheit der Botanische Garten schon mehrfach dargelegt – auch zusätzliches Personal nötig ist, wissenschaftliches Personal nötig ist, was dann auch mit den Lebend- wie mit den Getrocknetensammlungen arbeiten muss.

Unsere Erwartungshaltung ist, das will ich hier auch mal formulieren, dass mit der Neuverhandlung oder Fortschreibung der Hochschulverträge dieser zusätzliche Bedarf auch berücksichtigt wird. Wir haben es in der Vergangenheit immer schon mal diskutiert, wo wir dann auch im Zuge von Haushaltsberatungen darüber gesprochen haben und immer gesagt wurde: Das müssen wir im Zusammenhang mit den Hochschulverträgen diskutieren. – Nun kommen die Hochschulverträge in der kommenden Zeit um die Ecke und das ist genau der richtige Punkt, sich politisch zu positionieren und zu sagen: Wie gehen wir damit um? – Das ist bei knapper werdenden Kassen ganz klar, dass man nicht an jeder Stelle mehr Geld fordern kann, aber wir müssen uns dann halt politisch entscheiden, wo wir Schwerpunkte setzen wollen. Ich sage es ganz klar für uns: Für uns wäre das so ein Schwerpunkt, weil er den Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin nachhaltig zu stärken in der Lage ist.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Steffen Krach (SKzL): Da gibt es gar keinen Dissens zwischen uns. Ich nehme jeden Euro für die Wissenschaft sehr gern. Mir ist völlig bewusst, dass es an der einen oder anderen Stelle auch noch hakt. Ich setze mich hier ja nicht hin und sage: Der Botanische Garten ist komplett saniert und die Digitalisierung haben wir erledigt. – Ich habe nur gesagt, dass wir in den letzten fünf Jahren zum ersten Mal überhaupt einen Schub in diesem Bereich hinbekommen haben, dass wir zum Beispiel zum ersten Mal überhaupt Mittel über den Hochschulvertrag für Digitalisierung zur Verfügung gestellt haben. In den Jahren davor war der Hochschulvertrag gerade mal so gestrickt, dass man darüber die Tarife ausgleichen konnte. Was viele nicht wissen: Wenn wir 3,5 Prozent für die Hochschulen erhöhen, dann gehen davon rund 2,8 bis 3 Prozent allein für die Tarifaufwüchse drauf. Ich weiß nicht, ob das allen bewusst ist, dass das nicht noch on top kommt. Deswegen ist der Spielraum dann gering.

Natürlich haben wir dann aber geguckt, wie wir da Schwerpunkte setzen können. Wir haben zum Beispiel einen Schwerpunkt beim Botanischen Garten gesetzt, erst einmal dadurch, dass wir zum ersten Mal überhaupt Digitalisierungsmittel in einem Sondertatbestand zur Verfügung gestellt haben, und zum Zweiten, indem wir einen Sondertatbestand auch noch zusätzlich zur Finanzierung der Tarifkosten am Botanischen Garten – das war eine jahrelange Diskussion, dass der einen völlig anderen Tarifvertrag als die Freie Universität hat, die deutlich schlechter bezahlt worden sind als die Mitarbeiter und die Mitarbeiterinnen in der Freien Universität und eine andere Dienststelle hatten. – Deswegen haben wir das angeglichen und haben das finanziert über einen Sondertatbestand.

Natürlich, Herr Abgeordneter Lux, können wir, was die Digitalisierung angeht, das noch mal deutlich beschleunigen. Das ist in den letzten Jahren passiert, ich habe es gerade gesagt, dadurch, dass wir tatsächlich das erste Mal Digitalisierungsmittel zur Verfügung gestellt haben, und genauso wie beim Museum für Naturkunde wird es diesen Schub jetzt geben. Das

Museum für Naturkunde, wenn das alles so läuft, wie das geplant ist, wird seine gesamten Schätze komplett bis zum Jahr 2030 digitalisiert haben. Natürlich muss der Ansatz – das ist ein bisschen eine andere Situation beim Botanischen Garten – natürlich sein, dass wir die Dinge auch dort digitalisieren. Die sind auf einem guten Weg. Bisher sind sie noch weit von den 100 Prozent entfernt. Trotzdem, da würde ich Ihnen widersprechen, spielen sie in der ersten Liga mit bei den Botanischen Gärten, die wir deutschlandweit haben bzw. auch europaweit. Wir werden uns natürlich dafür einsetzen, da gibt es keinen Dissens, dass wir das voranbringen und dass tatsächlich auch die Kooperation zwischen dem Museum für Naturkunde und Botanischem Garten noch einmal deutlich ausgeweitet wird und beide in gleichem Maße in den nächsten Jahren digitalisiert werden.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Herr Lux, bitte sehr! Ganz kleinen Moment, Herr Lux, weil das durchaus von Relevanz für die weitere Diskussion ist. Herr Goiny hat darum gebeten, dass über diesen gesamten Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt wird. Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt –, dann verfahren wir so. Ansonsten, Herr Lux, haben Sie jetzt die Möglichkeit, Ihre Wortmeldung abzugeben.

Benedikt Lux (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! Dann gebe ich mir noch mehr Mühe. – Erstens glaube ich, sind wir uns alle einig, dass der Botanische Garten Berlin in der ersten Liga der Botanischen Gärten deutschlandweit und wohl auch weltweit mitspielt. Dazu habe ich keinen Widerspruch gehört, Herr Staatssekretär, oder keine andere Auffassung. Zweitens, meine Frage war ja: Bis wann wollen Sie durchdigitalisiert haben? Bis wann ist es möglich, die 4 Millionen Herbarien digital erfasst zu haben? – Beim bisherigen Tempo wird das hochgerechnet 70 bis 80 Jahre dauern. Aber Sie haben ja gerade in Aussicht gestellt, dass es mit bestimmten Schüben auch schneller gehen kann. Dazu hätte ich doch vom Senat gern eine Prognose, bis wann, unter welchen Bedingungen durchdigitalisiert sein könnte.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Steffen Krach (SKzL): Ich kann Ihnen jetzt keine Jahreszahl nennen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir in den letzten Jahren all das, was digitalisiert worden ist, deutlich stärker digitalisiert haben. Ich würde aber mit dem Direktor des Botanischen Gartens gern darüber sprechen und, wenn es dieses Ziel vom Botanischen Garten gibt – ich gehe mal davon aus, dass es das gibt –, Ihnen das nachreichen. Ansonsten würde ich mich freuen, wenn das so schnell wie möglich geht, das hängt aber mit den finanziellen Mitteln zusammen, und würde das in einem Gesamtbericht mit aufnehmen und dort die Zielzahl nennen.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Gut. Dann ist die Frage, bis wann der Bericht erstellt werden kann. – [Zuruf] – Herr Lux! Herr Goiny! Gibt es von Ihrer Seite Vorstellungen, bis wann der Bericht erstellt werden soll?

Christian Goiny (CDU): Geht es noch bis zur Sommerpause?

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Die letzte Sitzung ist am 9. Juni. – Okay? – Dann halten wir das fest, 9. Juni. Herzlichen Dank! – Dann können wir die Berichte rote Nrn. 0403 F und 3084 B zur Kenntnis nehmen. Ein Folgebericht ist vereinbart und der Tagesordnungspunkt 11 damit abgehandelt.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich zu

Punkt 36 A der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Hintergründe aufklären, Schaden wiedergutmachen und Förderpolitik künftig neu ausrichten: In welchem Umfang wurde bestehendes Haushaltrecht bei der Fördermittelvergabe an das Projekt „Berlin hilft“ gebrochen?
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[3446](#)

Haupt

in Verbindung mit

Punkt 36 B der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenIAS – ZS AbtL (V) – vom 15.03.2021
Unregelmäßigkeiten im Rahmen einer Zuwendung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
(unaufgefordert vorgelegt)

[3448](#)

Haupt

Vertrauliche Beratung

in Verbindung mit

Punkt 36 C der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/3479
Missbilligung der Senatorin Breitenbach und des Staatssekretärs Tietze wegen der rechtswidrigen Förderung des Stadtteilzentrums Steglitz – Hintergründe aufklären, Schaden wiedergutmachen und Förderpolitik künftig neu ausrichten

[3452](#)

Haupt

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3479-1

[3452-1](#)

Haupt

Gibt es Wortmeldungen? – Herr Zillich, bitte schön!

Steffen Zillich (LINKE): Ich möchte kurz eine Bemerkung zum Verfahren machen, damit nicht gesagt wird, der Vorschlag sei nicht unterbreitet worden. Die Senatorin hat ja angekündigt, dass wir den Revisionsbericht, den Bericht der Innenrevision, als Beratungsgegenstand in den Hauptausschuss bekommen. Der ist jetzt noch nicht da. Dazu kann die Senatorin gleich noch etwas sagen, ob der kommt. Ich gehe davon aus, dass der kommt. Ich gehe deswegen auch davon aus, dass wir den beraten, wenn der vorliegt. Ich will nur sagen, ich stelle das wirklich anheim – das ist kein Vorschlag, sondern ich stelle das anheim –, dass man natürlich auch zu dem Ergebnis kommen könnte: Man berät das alles zusammen und vertagt das heute. – Ich gehe davon aus, dass wird nicht im Interesse der Opposition sein. Ich will nur darauf hinweisen, dass es nur Sinn macht, vorliegende Unterlagen zu beraten.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny – bitte!

Christian Goiny (CDU): Ich würde das gleich mit der Begründung unseres Besprechungspunktes verbinden, Frau Vorsitzende, wenn das verfahrensmäßig okay ist. – Vielen Dank für den Hinweis, Herr Kollege! Natürlich beraten wir Unterlagen immer gerne dann, wenn wir sie haben. Das ist ein alter Grundsatz im Hauptausschuss. Deswegen hätten wir sie auch gern. Aber das wird gleich – wie Sie angekündigt haben – die Frau Senatorin gleich noch mal darstellen können.

Uns geht es darum, dass wir hier ein Verfahren verabreden können – insofern ist der Vorschlag vielleicht durchaus hilfreich –, dass man sich darüber verständigt, wie das hier geht. Wir hätten dann auch gern diesen Revisionsbericht. Wir würden auch noch weitere Fragen bis Freitag schriftlich einreichen wollen. Wir haben das Signal bekommen, dass wir es heute aus bestimmten Gründen nicht ganz so lange diskutieren sollten. Darauf wollen wir auch gern Rücksicht nehmen. Aber wir haben natürlich ein inhaltliches Aufklärungsinteresse an diesem Thema. Wir möchten darüber hinaus auch noch eine Begründung haben, weil wir das auch sonst immer einfordern, warum der ergänzende Bericht, den wir hier bekommen haben, eigentlich vertraulich ist. Nach dem, was ich gesehen habe, stand das eigentlich auch schon alles in der Zeitung. Vielleicht kann uns dann im Nachgang die Verwaltung erklären, was an diesem Punkt tatsächlich vertraulich ist. Wir würden auch die Abstimmung über unseren Antrag mit vertagen wollen, damit wir das dann machen können, wenn wir die Fragen beantwortet bekommen haben und die Vorlagen vorliegen.

Vielleicht kann aber Frau Senatorin trotzdem zwei, drei Dinge aus Ihrer Sicht zu dem Sachverhalt sagen. Da hätte ich auch ein paar Fragen, die zu Beginn aus unserer Sicht relevant sind. Zum einen, gab es im Jahr 2017 eigentlich für die Vergabe dieser Mittel ein Ausschreibungs- oder Vergabeverfahren oder nach welchen Kriterien haben Sie das damals entschieden, dass das an die Empfänger dann auch weitergereicht wurde? Aus welchen Gründen kam denn aus Ihrer Sicht damals eine Direktvergabe an „Berlin hilft“ nicht in Betracht? Hat das möglicherweise daran gelegen, dass es sich sozusagen um ein loses Netzwerk von Einzelpersonen handelt? Wie haben Sie das denn seinerzeit haushaltrechtlich bewertet? – So weit erst mal zunächst von unserer Seite. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! –Frau Senatorin! Ich frage vorsorglich, ob wir gleich die Öffentlichkeit ausschließen sollen. Das betrifft ja vor allen Dingen den Tagesordnungspunkt 36 B, dazu müssen Sie gleich etwas sagen. Dann würde ich das gleich vorweg machen. – [Zurufe] – Erst einmal lassen wir Frau Senatorin sprechen.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS): Zu dem, was ich jetzt sage, müsste man die Öffentlichkeit nicht ausschließen. Ich weiß nicht, wie das weitergeht, aber hier müsste man sie nicht ausschließen.

Vorsitzende Franziska Becker: Moment! – Herr Goiny hat sich gemeldet. – Bitte!

Christian Goiny (CDU): Ich wollte nur vorschlagen, Frau Vorsitzende, es wir es wie immer machen: Wir haben einen öffentlichen Teil, in dem diskutiert wird, was öffentlich gesagt werden kann, und wenn es dann noch Punkte gibt, die in nichtöffentlicher Sitzung zwingend beraten werden müssen, dann machen wir das im zweiten Teil. An diesem Verfahren sollten wir auch heute festhalten.

Vorsitzende Franziska Becker: Da haben Sie völlig recht. Das habe ich auch gar nicht in Abrede gestellt. – Frau Senatorin – bitte!

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS): Vielen Dank! – Ich beginne mit: Was ist jetzt eigentlich mit diesem Revisionsbericht? – Ich habe bereits in der letzten Plenarsitzung angekündigt, erstens, dass wir Ihnen einen Bericht hier vorlegen – der vertrauliche Bericht liegt Ihnen jetzt vor –, und zweitens, dass wir den Revisionsbericht in den Datenraum stellen möchten. Wie Sie wissen, gibt es staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Die Staatsanwaltschaft hat diesen Revisionsbericht jetzt auch angefordert. Deshalb habe ich Ihnen letzte Woche bereits gesagt, dass dieser Revisionsbericht je nach Absprache mit der Staatsanwaltschaft dennoch in den Datenraum kommt. Letzte Woche war die zuständige Staatsanwältin im Urlaub. Es werden diese Woche Gespräche mit ihr stattfinden, nämlich morgen. Dann gehe auch davon aus – aber ich weiß natürlich nicht, was die Staatsanwaltschaft entscheidet –, dass dann nächste Woche der Revisionsbericht im Datenraum steht und von Ihnen eingesehen werden kann. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt: Warum ist der ergänzende Bericht vertraulich? – Weil auch aus diesem ergänzenden Bericht – Sie sagen, es habe alles in der Zeitung gestanden. Ja, aber darauf können wir keine Rücksicht nehmen, was in der Zeitung gestanden hat. Das macht es nicht besser oder auch nicht schlimmer. – Wenn ich Ihnen einen Bericht vorlege, in dem Verdachte gegen einzelne Personen oder gegen Strukturen ausgesprochen werden, die es Ihnen ermöglichen, diese Personen zu identifizieren und daraus auch Rückschlüsse zu ziehen, dann ist es ein vertraulicher Bericht, finde ich, zumindest solange, bis die Staatsanwaltschaft das erklärt hat. Vor diesem Hintergrund haben wir Ihnen das als vertraulichen Bericht vorgelegt, weil wir möglicherweise auch über das Vergehen einzelner Personen reden müssen, was Sie möglicherweise dem Revisionsbericht entnehmen können.

Dann hatten Sie, ich sage jetzt dankenswerterweise, darum gebeten, dass ich aus meiner Sicht zwei, drei Dinge sage. Herr Goiny! Sie sind schon länger dabei. Sie erinnern sich vielleicht, dass in der letzten Legislaturperiode der Masterplan für Integration und Sicherheit, so heißt er, glaube ich, beschlossen wurde. In diesem Masterplan hat der rot-schwarze Senat damals das politische Ziel letztlich beschlossen, dass bestehende Strukturen der Flüchtlingsunterstützung verfestigt und damit auch gestärkt werden sollen. Diese richtige Entscheidung, damals, hat auch der neue Senat unter R2G beschlossen: Dass wir diese Gelder aus dem Masterplan

damals weiter verwenden für die Unterstützung der Strukturen oder der Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete.

Mit dem Gesamtkonzept zur Partizipation und Integration wurden diesen Mittel dann zu weiten Teilen in die Bezirke gegeben, weil wir gesagt haben – anders als Sie damals bei dem Masterplan, also der damalige Senat –: Die Geflüchteten und auch die Unterstützungsstrukturen sind in den Bezirken und dort muss auch das Geld für die Unterstützung sein. Wenn Sie sich jetzt vielleicht noch mal erinnern, war Ihr Weg damals, dass es für die Unterstützung dieser Strukturen Lottomittel gab, und dass der rot-schwarze Senat diese Lottomittel damals dem Paritäter übergeben hat und es einen Aufruf gab, dass sich alle Flüchtlingsstrukturen bewerben und diese Mittel abrufen können. Das alles können Sie in Plenarprotokollen nachlesen. Herr Gerstle hat damals viel dazu gesagt.

Dann kam der Rechnungshof und hat gesagt: Liebe Freunde, so wird das nicht funktionieren. Lottomittel werden nicht über einen Wohlfahrtsverband verteilt, sondern Lottomittel werden über eine Behörde verteilt. – Damit mussten wir 2017 – jetzt ist das mit dem „wir“ tatsächlich ein bisschen schwierig – diese Entscheidung, wie es jetzt zu einer weiteren Unterstützung kommt, in dem Fall von „Berlin hilft“, in einer Übergangsphase treffen. Ich kann Ihnen heute keine Antwort darauf geben, mir lag das meiner Erinnerung nach nicht vor. Es ist noch an anderer Stelle entschieden worden.

Was aber klar war, auch 2017 mit dem neuen Senat, war, dass wir diese Strukturen unterstützen wollen. An der gemeinsamen Entscheidung, was jetzt auch nicht alltäglich ist, die jetzt zweimal hintereinander in zwei unterschiedlichen Legislaturperioden getroffen worden ist, hat sich nichts getan. Wenn Sie jetzt sagen: Warum gab es denn kein Vergabeverfahren? – Wenn man jetzt sagt, es gibt ein oder zwei Strukturen in dieser Stadt, die stadtweit arbeiten und nicht nur in einem Bezirk, dann dürften das „Moabit hilft“ und „Berlin hilft“ sein. Würde man eine Ausschreibung machen, dann würde man sich von dem politischen Willen unterscheiden, der hier in diesem Hause getroffen wurde, denn der Masterplan für Partizipation und Integration wurde hier in diesem Haus beschlossen, also damit der Wille. Deshalb bleibt nichts anderes als zu sagen: Ja, wenn wir bestehende Strukturen unterstützen und verfestigen wollen, dann müssen wir einen Weg finden, um diese Strukturen zu unterstützen.

Warum keine Direktvergabe? – Darauf haben Sie schon die Antwort gegeben: Wir haben erstmals mit den vielfältigen Strukturen der Flüchtlingsunterstützung in einem sehr großen Ausmaß erlebt, dass Menschen sich von hier auf jetzt zusammengefunden haben. Da wurde eine Flüchtlingsunterkunft in der Nachbarschaft gebaut und dann haben sich die Menschen zusammengetan. Die einen wollten das nicht, die anderen haben gesagt, wir sind jetzt „xyz hilft“ in allen Bezirken, wir kümmern uns jetzt um diese Geflüchteten und wir werden sie unterstützen. Es war immer ein loser Zusammenschluss, es war immer ein Netzwerk von Menschen, die gearbeitet haben und wo es ausgesprochen schwierig ist, eine entsprechende Vergabe zu machen. Wir haben das jetzt übrigens erneut erlebt, bei den Coronahilfen hatten wir ähnliche Strukturen. Ich glaube, wir alle werden uns in Zukunft mit der Frage auseinandersetzen müssen, wenn wir – ich habe den Debatten, die es hier in diesem Hause gab, entnommen, dass es genau unser Ziel ist – solches bürgerschaftliches Engagement unterstützen wollen, dann brauchen wir einen Weg, wie wir das auch umsetzen können, und zwar von allen Seiten rechtssicher umsetzen können, so, dass wir auch die Strukturen stützen, die wir jetzt haben.

Möglicherweise ist das im Moment schwierig. Das werden wir dann sehen am Ende der Tage, wenn wir genau über diesen Fall gesprochen haben. Aber das war 2017 eben die Entscheidung, über ein Stadtteilzentrum genau diese Finanzierung auch zu machen. Dieses Stadtteilzentrum war auch dafür bekannt, dass es in den Flüchtlingsstrukturen, in den Unterstützerstrukturen aktiv war und Erfahrungen hatte.

Wir wollten damals – also „wir“ als Senat, wir Senat unter Rot-Schwarz wollte das und das Abgeordnetenhaus mit dem Gesamtkonzept wollte eben auch, dass es eine Koordination gibt. Ich halte das politisch, wenn ich das hier sagen darf, auch für richtig, eine Koordination und ein Netzwerk all der vielen unterschiedlichen Unterstützungsstrukturen in dieser Stadt, um auch eine Abstimmung zu haben und auch einzelne Unterstützungsstrukturen in rechtlichen Fragen zu unterstützen und bei allem, was wir dann auch erlebt haben. Das war der Hintergrund. Und das wären auch die zwei, drei Dinge gewesen, die ich Ihnen gerne gesagt hätte. Deshalb bedanke ich mich noch mal für diese Frage. Ich glaube, wir haben ein grundsätzliches Problem, das wir auflösen müssen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Melzer, bitte!

Heiko Melzer (CDU): Vielen Dank! – Ich dachte, es sei noch jemand vor mir. Umso besser! – Sie haben jetzt lange ausgeholt, über viele Jahre berichtet. Ich beziehe mich auf die Berichterstattungen, die ich der „Morgenpost“ und dem „Tagesspiegel“ entnommen habe, wenn ich mich richtig entsinne, zumindest aber der „Morgenpost“. Da stand in einem größeren Artikel, dass Zahlungen aus den Jahren, ich glaube, 2019 und 2020 in Rede stehen, Remonstrationen von Behördenleitern oder vielmehr des Präsidenten des LAF, dass es unterschiedliche Anweisungen von Staatssekretären gab. Ob die Senatorin dort auch Dinge angewiesen hat, stand nicht in diesem Artikel. Dieser Artikel hat dann mit dem Hinweis geschlossen, ob das nun alles rechtens sei und ob Haushaltssmittel hier gesetzeswidrig oder gesetzestreu vergeben worden sind, an eine Stelle, die diese dann ein zu eins weitergereicht hat, das ist der Kern des Punktes, das sei höchst strittig und zu erwarten, dass man dieses Geld auch zurückfordere.

Nun will ich gern wissen, Frau Senatorin, erstens: Ist denn zwischenzeitlich eine Rückforderung angestoßen worden, weil die Rechtslage so ist, wie sie ist? Würden Sie dann zweitens sagen, dass die Verauslagung dieser Mittel mit geltendem Haushaltsrecht, Zuwendungsrecht nicht vereinbar ist? Uns geht es als CDU-Fraktion gar nicht darum zu sagen: „Berlin hilft“ hätte niemals unterstützt werden dürfen. Das haben wir in unserem Antrag formuliert, das haben wir in unserer Parlamentsrede formuliert, ich sage es hier sicherheitshalber noch mal, damit es da keinen falschen Zungenschlag gibt und man nicht in Töpfe geworfen wird, in die man nicht hineingehört. Vielleicht sind die ja auch schon voll genug. – Uns geht es um die haushaltrechtliche Frage. Wenn es eine Remonstration gab, wenn es mehrere Anweisungen von Staatssekretären gab, so zumindest die Presseberichterstattung, dann finde ich, müssen wir darüber reden. Dann kann man sagen: Na ja, das Projekt ist aber doch wichtig und wir hatten doch einen Konsens, dass wir solche zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse, lose Zusammenschlüsse gut finden und unterstützen wollen. – Sie haben darauf hingewiesen, was der Vorgängersenat dort an Beschlüssen initiiert hat und wir dann auch beschlossen haben. Alles gut und alles richtig. Trotzdem hat nie jemand, auch nicht der Vorgängersenat, ins Parlament eingebracht: Haushaltrecht wird nicht mehr berücksichtigt. – Das haben Sie zu Recht so auch nicht formuliert. Deswegen ist der Kern der Frage nach nun erfolgter Prüfung intern:

Wie bewerten Sie es, dass diese Zahlungen angewiesen worden sind, nach Intervention durch Ihre Staatssekretäre? Wie ist der weitere Verlauf? Wie schätzen Sie das haushaltrechtlich ein? – Das ist der Kern der Frage, den wir Ihnen gegenüber formulieren. Wir hätten das auch diejenigen, deren Anwesenheit hier auch erbeten war, gefragt. Allerdings sind offensichtlich nicht alle da. – Pardon, danke für den Hinweis! Das hatten wir eingangs vergessen, wir beantragen Wortprotokoll für diesen Tagesordnungspunkt.

Vorsitzende Franziska Becker: Das läuft schon, höre ich gerade. – Herr Bachmann, bitte!

Hanno Bachmann (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, dass ich hier bei Ihnen Rederecht erhalte. Wir sprechen ja heute über die Zusammenfassung eines Prüfberichtes der internen Revision, die Ende 2020 veranlasst worden ist. Es gibt ja schon zahlreiche Prüfungen und Stellungnahmen verschiedenster Stellen, die sich mit der Frage der Rechtmäßigkeit der Bewilligung der Mittel und dann auch der Ausreichung der Mittel, auch mit der Rechtmäßigkeit der erteilten Weisungen durch den Staatssekretär befassen. Ich nenne hier nur man drei, die aus meiner Sicht wesentlich sind: das ist das Schreiben des Präsidenten des LAF an die Senatsverwaltung vom 05.12.2019, in dem er alle seine haushaltrechtlichen Bedenken noch mal ausführlich zusammenfasst, das ist die Einschätzung der Prüfgruppe ZS A 3, die ja im Herbst 2020 auch schon geprüft hat, und dann gibt es noch eine Stellungnahme des Justitiariats des LAF vom 17.08.2020. Alle diese verschiedenen Stellen, die den hier zu behandelnden Sachverhalt geprüft haben, sind sich in einem Punkt absolut einig, nämlich dass sich die Bewilligung der Mittel sowohl für 2018 als auch für 2019 rechtswidrig war und dass infolgedessen auch die vom Staatssekretär erteilten Weisungen rechtswidrig waren. Vor dem Hintergrund dieser Ihnen sicherlich auch vorliegenden Dokumente und Berichte verschiedenster Stellen, würde mich interessieren, was der Anlass war, das jetzt noch mal prüfen zu lassen? Sie schreiben hier von einer „vertieften Prüfung“. Dennoch würde ich gern wissen: Was war der Anlass und wie verhält sich dieser nochmalige Prüfbericht zu den Ihnen schon vorliegenden ausgiebigen Berichten?

Dann nehme ich Bezug auf die vier Bulletpoints, unter denen Sie die Konsequenzen aus Ihrem Prüfbericht zusammengefasst haben. Der erste Bulletpoint – Prüfung Widerruf 2018/2019 – das hatte auch der – Entschuldigung?

Vorsitzende Franziska Becker: Sie beziehen sich gerade auf die vertrauliche Vorlage. Ich schlage vor, dass wir jetzt die Öffentlichkeit ausschließen.

Hanno Bachmann (AfD): Okay!

Vorsitzende Franziska Becker: Okay? – [Zurufe] – Wir sammeln dann noch.

Christian Goiny (CDU): Unsere Fragen vom Kollegen Melzer waren nicht vertraulich, und die würden wir auch gern in öffentlicher Sitzung beantwortet haben.

Vorsitzende Franziska Becker: Können wir auch machen. – Herr Bachmann! Dann beziehen Sie sich erst auf die nicht vertraulichen Teile.

Hanno Bachmann (AfD): Dann würde ich ganz grundsätzlich von der Senatsverwaltung noch wissen wollen, ob es üblich ist und wie es dazu gekommen ist, dass Sie sich so intensiv

für dieses Projekt „Berlin hilft!“ verwendet haben, mit einem Fördervolumen von 40 000 Euro per anno, was jetzt auch nicht so außergewöhnlich hoch ist? Es ist schon auffällig, dass das LAF immer wieder mit den Zuwendungsempfängern im Austausch war darüber, wie man das doch noch so ausgestalten kann, dass es nicht rechtswidrig ist, die aber wenig kooperativ waren, so geht es aus den Unterlagen hervor, dann aber immer wieder von der politischen Leitung interveniert wurde unter Verweis auf den integrationspolitischen Wert dieses Projektes. Da würde mich interessieren, in welcher Beziehung jetzt die politische Leitung zu den Trägern dieses Projekts steht, und wie es kommt, dass die so einen direkten Draht zu Ihnen hatten und dass Sie immer wieder zu deren Gunsten interveniert haben.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Klein!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Mir fällt zuerst auf, dass es mir schwerfällt, ohne den Revisionsbericht zu kennen, hier weiter zu diskutieren. Ich kann die Fragen der CDU gut nachvollziehen. Ich würde mich wohler fühlen, wenn ich den Bericht kannte. Deshalb wäre es mir tatsächlich lieber, wenn wir das nächste Mal ein bisschen ausführlicher darüber reden könnten.

Ich finde, zu dem öffentlichen Teil gehört auch, wenn wir kurz einsteigen in das Thema: Was ist denn eigentlich eine Innenrevision? –, das hat nicht immer nur damit zu tun, Menschen, Mitarbeiterinnen, wen auch immer, zu diskreditieren, sondern auch nach vorne zu denken und auch Lösungen zu präsentieren und zu gucken, wie so etwas eigentlich abläuft. Wir beraten hier im Hauptausschuss relativ selten so etwas. Vielleicht könnten Sie dazu noch Ausführungen machen.

Das muss auch noch mal in dem öffentlichen Teil hier gesagt werden zur Einordnung des Ganzen: Die AfD lässt auch hier wieder blicken, worum es geht. Es ist nicht die Aufklärung, sondern Projekte, die der AfD nicht passen, hier zu diskreditieren. Das finde ich eine ziemlich schreckliche Art und Weise, der wir uns hier auch nicht annehmen und uns auf die Aufklärung konzentrieren sollten. Mir wäre es lieb, wenn wir es nach vorne auflösen könnten und gemeinsam eine Lösung finden könnten. Ich kenne Zuwendungsrecht ziemlich gut, ich weiß, dass man auch Initiativen Geld geben kann. Das ist ganz normal. Das wird auch schon seit Jahrzehnten so gemacht. Man braucht kein Verein zu sein oder was auch immer. Aber trotzdem, alles was Verwaltung tut, egal was, da kann es eben auch mal zu Komplikationen kommen. Das müssen wir hier aufklären und eine Lösung dafür finden. – Nachher habe ich noch eine Frage im nichtöffentlichen Teil.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Ich finde den Verfahrensweg, inklusive dessen, was die CDU schon gesagt hat, klug, die Fragen, die jetzt im Raum stehen, zu beantworten. Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil Herr Kollege, das, was Sie jetzt gefragt haben, steht Ihnen zu, inklusive der politischen Insinuierung können Sie natürlich eine Nähe zu irgendeinem Projektempfänger usw. konstruieren und die Frage aufwerfen, warum sich die Hausspitze verwandt hat. Das ist das politische Geschäft. – Ich will nur sagen: Mir liegt diese Erkenntnis bisher nicht vor. Anhand der hier bisher vorliegenden Dokumentation haben wir einen Remonstrationsfall eines Behördenleiters, den von Gesetzeswegen – von Gesetzeswegen! – der Dienstvorgesetzte zu entscheiden hat. Nach der Kaskade des Berliner Landesrechts ist das nur noch ein Staatssekretär, darüber gibt es nichts mehr. Insoweit ist der Zusammenhang politische Intervention der Hausleitung anhand der uns hier vorliegenden Dokumentation bisher aus der Luft gegriffen. Das wollte ich nur noch mal sagen. Sie haben da vielleicht andere Informationen. Wir diskutieren momentan auf der Basis der Aktenlage, wie wir sie auf dem Tisch haben. Deswegen habe ich derzeit keinen anderen Erkenntniswert. Da bitte ich schon, dass das auch seine Beachtung findet. Ansonsten ist das Verfahren geeignet, im Revisionsbericht, oder was auch immer, nähere Informationen noch mal miteinander zu bewerten.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Dr. Brinker!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich wollte reagieren auf das, was Frau Klein eben uns quasi vorgeworfen hat. Wir sind offenbar die Einzigen hier im Saal,

die einen erheblichen Informationsvorsprung haben, weil wir zur Akteneinsicht in der Senatsverwaltung waren, das heißt, wir kennen den ganzen Vorgang sehr genau. Daraus resultieren auch die Fragen meines Kollegen. Es ist tatsächlich haushaltsrechtlich schwer bedenklich, was da gelaufen ist. Deswegen haben wir auch entsprechend parlamentarisch darauf reagiert. Wir hätten das bei jedem anderen Projekt genauso getan und genauso gemacht, denn hier geht es einfach um das Prinzip. Wenn ein Behördenleiter remonstriert, und sehr deutlich remonstriert, und auch andere Behördenmitarbeiter die Sachlage anders einschätzen und trotzdem anders reagiert wird, dann ist das absolut nachfragebedürftig. Wie gesagt, wir haben hier einen erheblichen Informationsvorsprung, daraus resultiert das. Deswegen auch die etwas konkreteren Fragen meines Kollegen in dem Sachverhalt, der da sehr genau Bescheid weiß.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Jasper-Winter!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Zunächst mal vorangestellt, dass es nicht um die Bewertung der Arbeit für geflüchtete Menschen hier in Berlin geht, sondern es geht darum, ob es hier Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Vorgehens gibt, auch haushaltsrechtlich. Insofern, diese Frage muss hier in aller Neutralität und Sachlichkeit diskutiert werden dürfen.

Mich würde interessieren, Frau Senatorin: Sind denn solche Fälle der Remonstration in der Vergangenheit öfter vorgekommen oder handelt es sich bei diesem Projekt um einen Einzelfall? Zum anderen: Der Presse ist zu entnehmen – deshalb kann ich das hier auch im öffentlichen Teil fragen –, dass Herr Staatssekretär Tietze wohl die Remonstration zur Kenntnis genommen habe, aber nach Abstimmung mit Ihnen bei der Anweisung geblieben sei, das Geld auszuzahlen. – Können Sie uns denn sagen, inwiefern Sie diese Fragen, die ja auch komplex sein können, auch inhaltlich diskutiert haben, oder was tatsächlich den Herrn Staatssekretär und Sie dazu bewogen haben, dann bei Ihrer Ansicht zu bleiben? Sie haben uns jetzt viel allgemein dazu gesagt, inwieweit das Projekt und die Flüchtlingshilfe hier ein wichtiger Baustein sind. Aber im Einzelnen sind wir jetzt noch nichts schlauer, ob und welche Argumente Sie dazu bewogen haben, sich anderweitig zu entscheiden.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Zillich, bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Zunächst einmal, Frau Dr. Brinker, sind natürlich solche Fragen, solange sie nicht nur Fragen sind, wie der Kollege Bachmann es gemacht hat, auch im Kontext einer erklärten Strategie Ihrer Partei zu betrachten, bestimmte Zuwendungsempfänger zu betrachten und durchaus auch durch gezieltes Agieren zu diskreditieren. Das ist zumindest etwas, was Realität ist, die einen Zusammenhang darstellt. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist: Nach dem, was in der Presse steht, ist offensichtlich, dass es – das hat die Senatorin auch dargestellt – ein gewisses Spannungsfeld im Zuwendungsrecht gibt: Wie erreicht man diesen politischen Zweck? – Darüber gibt es jetzt eine Diskussion, die wird ja offensichtlich auch an einer Remonstration deutlich. Was uns interessiert, und das will ich konkret als Berichtsauftrag, auch in einer öffentlichen Sitzung, formulieren, ist, inwieweit die Verwaltung oder der Senat, frage ich jetzt mal, einen Weg beschreiben kann, in Kenntnis dieser jetzt gewonnenen Erfahrungen, wie denn die Förderung solcher zivilgesellschaftlicher Strukturen erfolgen kann in einem rechtssicheren Bereich.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Melzer!

Heiko Melzer (CDU): Ich würde da gern anknüpfen wollen. Herr Kollege Zillich hat gerade gesagt: Wie erreicht man den politischen Zweck einer Förderung. – Klammer auf: selbst wenn das Haushaltrecht dem entgegensteht. – [Zurufe von der LINKEN] – Das füge ich hinzu – [Steffen Zillich (LINKE): Das ist Ihre Frage!] – und zwar aus folgendem Grund, Herr Zillich: Weil das der Kern der Debatte ist. – Man kann politische Zielsetzungen haben, die dürfen sich auch unterscheiden. Ich habe für meine Fraktion gesagt, wie wir das sehen. Aber die politische Zielsetzung muss sich im Rahmen dessen orientieren, was Recht und Gesetz ist. Wenn das Haushaltrecht da einen Weg der Förderung einer losen Gruppe verschließt, dann ist dieser Weg verschlossen. Das ist der Punkt. Dann heiligt der Zweck auch nicht die Mittel.

Da sind wir dann bei einer grundsätzlichen Frage. Sie haben ja, Frau Senatorin, ausgeführt, da gibt es einen losen Zusammenschluss, der ist nicht in irgendeiner Art und Weise formalisiert, es gibt keine juristische Person etc. pp. und deswegen gab es – wäre meine Interpretation – die Problematik, dass es keine direkte Förderung geben konnte. Das ist der eine Punkt. Dazu werden Sie sicherlich gleich noch etwas sagen. Ich bitte Sie, die Kaskade darzustellen, wie es zu der mehrfach über die Presse benannte Remonstration gekommen ist und zu den mehrfachen Anweisungen Ihrer Staatssekretäre, und was danach, sofern Sie das sagen können, passierte, ob jetzt Entscheidungen getroffen worden sind hinsichtlich dieser Fördersummen oder nicht. Das wirft dann auch noch mal ein gewisses Licht auf die Remonstration und die Anweisungen der Staatssekretäre.

Zweitens bitte ich Sie, Sie hatten anfänglich gesprochen über eine Zuwendung aus dem Jahr 2017, dass Sie mir kurz noch mal sagen, wann dieser Zuwendungsbescheid denn rausgegangen ist und ob er für das gesamte Kalenderjahr 2017 wirksam war.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wesener, bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Ja, ich habe ein bisschen das Gefühl, dass wir die Debatte – so kann man es kaum nennen –, den Austausch im letzten Plenum hier wiederholen und zumindest was die Erkenntnislage angeht, die öffentlich bekannt ist, was man öffentlich äußern kann, nicht sehr viel weiter sind.

Deswegen will ich mich politisch einlassen, wobei mich das gar nicht so sehr interessiert. Ich fände Ersteres viel interessanter. Ich glaube, Herr Melzer, Frau Dr. Brinker, da müssen Sie sich schon entscheiden. Entweder man sagt, man hat hier mit einem Vorgang zu tun, da gibt es Anlass nachzuhaken, da gibt es Hinweise darauf, dass das haushaltrechtlich bedenklich ist oder sogar ein klarer Verstoß gegen Haushaltrecht, und da gibt es auch einen Vorgang, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch was Staatsanwaltschaft und Co angeht, und dazu haben wir Fragen. Ich glaube, da gibt es niemand in dieser Hälfte des Saals, die oder der sagt: Das geht überhaupt nicht. Dass das manchmal nicht optimal läuft, Frau Brinker, das kennen Sie – auch wenn der Vergleich ein bisschen hinkt – aus ihrer eigenen Partei. Sie sind ja seit Kurzem Vorsitzende einer Partei, von der Sie selber sagen, da ist es mit Rechenschaftsberichten der Fraktion usw. alles nicht korrekt. Da gibt es ja auch Verfahren, glaube ich, Sie gegen Herrn Hansel – ich habe ihn heute schon gesehen, vielleicht kommt er noch rein – oder umgekehrt, keine Ahnung. Auch da, ich kenne mich da nicht im Detail aus, wird man vermutlich feststellen können, da sind entweder objektiv Fehler gemacht worden oder es liegt nahe, dass

das nicht alles korrekt war. Auch das werden Sie mit Sicherheit aufklären. Auch da haben wir schon eine rechtliche Dimension, Parteienrecht, Spenden und alles, eine heikle Angelegenheit.

Die andere Debatte ist eine politische, inklusive der politischen Vorwürfe, die man generieren kann. Was mich, ehrlich gesagt, im Plenum gestört hat und jetzt auch stört, Herr Melzer, ist, Sie bleiben immer knapp darunter. Die Kollegin von der FDP hat hier Fragen gestellt, völlig legitim, und hat auf den Rest verzichtet. Bei Ihnen ist es immer die Andeutung, wo auf einmal bei uns allen im Kopf eine Assoziationskette beginnt, was korruptive Verflechtungen angeht, ideologischen Vorsatz usw. usf. Das ist ja eine Zeit, da können einem solche Assoziationen kommen. Sie sind ja oder waren ja mit Menschen in einer Partei, die sagen 250 000 Euro Provision, das ist doch marktüblich. – Ich finde, da wird es schwierig in einer Situation, in der es richtig ist, dass wir Regeln nicht nur haben, sondern auch deren Einhaltung einfordern und dass Aufklärung da stattfindet, wo Aufklärung gegeben ist, und wo auch Konsequenzen gezogen werden, wo das not tut, wo wir aber auch, glaube ich, ein bisschen aufpassen müssen, nicht nur, wie wir miteinander umgehen, das ist nicht der Punkt, sondern wie hier eigentlich Politik betrieben wird, mit welchen Auswirkungen und mit welcher Wahrnehmung. Am Ende bleibt das Bild zurück: Das ist allen ein korrupter Sauhaufen. – Da muss ich Ihnen ehrlich sagen – vielleicht ist das ja Ihr Ergebnis oder Sie wollen es zumindest nahelegen –: Ich habe bisher keinen Hinweis darauf, dass – ob marktüblich oder nicht – persönliche Bereicherung stattgefunden hat, dass hier vorsätzlich Haushaltungsrecht gebeugt worden ist und, und, und. Wenn Sie der Meinung sind, Herr Melzer, dann sage Sie es. Dann sprechen Sie es aus. Dann kann man dazu auch politische Stellung beziehen. Alles andere ist, glaube ich, ein ganz normaler Vorgang in diesem Ausschuss. Sie wissen auch, ich weiß gar nicht, wer es gefragt hat, auch eine Remonstration ist keine Seltenheit, ist glückerweise nicht normal – [Zuruf von Heiko Melzer (CDU)] –, aber es gibt sie auch nicht umsonst. Genau, sage ich ja. Es gibt sie nicht umsonst. Auch da wird man sich irgendwie überlegen müssen: Ja, ist das eine der Kontrollinstanzen, die wir haben, und glücklicherweise haben, und gut, dass wir darüber reden, denn das zeigt, dass es funktioniert –, oder ob man da eine skandalumwitterte Nebenwolke aufbaut.

Lange Rede, kurzer Sinn: Entscheiden Sie sich. Wir nehmen das Thema ernst, und wir nehmen auch Sie ernst, solange Sie das Thema ernst nehmen. Zu allem anderen, inklusive irgendwelcher – was ist das für ein Antrag? Wie heißt das formal? – Missbilligungsanträge, kann ich nur das sagen, was Kollege Schneider schon letzten Donnerstag im Plenum gesagt hat: Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Lieber Herr Kollege Wesener! Nun reden wir zwar nicht über Kultur, aber das ist noch lange kein Grund, hier den Hilfskabarettisten zu machen. Wir haben bisher in zwei oder drei Wortbeiträgen Fragen gestellt, und ich darf einmal darauf hinweisen, wegen der Vielzahl der Diskussionsbeiträge, hatte die Frau Senatorin noch gar nicht die Gelegenheit, auf die Redebeiträge und Fragen vom Kollegen Melzer zu antworten. Da jetzt schon zu sagen: Na ja, Sie interessieren die Antworten gar nicht! –, das ist auch wieder eine Kurve, die nur Sie hinbekommen. Ich weise das noch mal zurück. Wir haben eben gesagt, wir wollen die Dinge haushaltrechtlich aufklären, das haben wir jetzt in drei Redebeiträgen als CDU-Fraktion gesagt. Das haben wir auch schon im Plenum gesagt. Wir haben auch deutlich ge-

macht, dass es uns hier nicht um die Frage geht, ob „Berlin hilft“ nicht gefördert werden soll oder dass das Stadtteilzentrum Steglitz hier irgendwas Schlechtes gemacht hat, das ist gar nicht unser Punkt. Wir diskutieren im Hauptausschuss in jeder Sitzung irgendwie Verfahrensfragen. Da müssen Bezirke, weil sie es versäumt haben, uns Kostensteigerungen anzuzeigen, 50 000 Euro zahlen und da wird dann von Kollegen aus diesem Hause gesagt: Das ist ein ganz schwerer Haushaltsverstoß – [Torsten Schneider (SPD): Ach deshalb! Da haben wir den gleichen Bezirk erwischt!] –, die haben – – Welcher Bezirk das auch ist. Wir haben ganz viele Dinge, wo wir uns hier und die Haushaltssordnung ernst nehmen. Jetzt haben wir hier einen Vorgang, den offensichtlich nicht nur wir ernst nehmen, so jedenfalls kann man die Presseberichterstattung werten. Jetzt geht es auch hier einfach um die Frage: Wie halten wir es denn mit dem Haushaltsrecht? So, wie wir das bei ganz vielen anderen Sachen machen. Da braucht man gar nicht so einen ulkigen pseudopolitischen Redebeitrag hier halten, um zu sagen: Um was geht es Ihnen denn alles? – Lassen Sie uns doch mal bei den Fragen und bei der Beantwortung bleiben. Ich hätte mich eigentlich auch gar nicht gemeldet, weil ich es viel besser gefunden hätte, wenn Frau Senatorin Breitenbach jetzt noch einmal die Gelegenheit gehabt hätte, auf die Fragen zu antworten.

Will dann aber nur noch anschließen: Wir hatten auch um die Anwesenheit des Staatssekretärs Tietze gebeten. Der Präsident des LAF ist ja wohl auch gefragt worden, ob er kommt. Beide sind jetzt nicht hier. Gibt es dafür einen Grund? Haben die andere dienstliche Verpflichtungen? Oder sollten die nicht kommen? Durften die nicht kommen? – Ich will da nicht spekulieren, aber vielleicht können Sie auch noch etwas dazu sagen, ob das einen besonderen Grund hat oder ob Sie sagen – das kommt auch immer wieder vor, haben wir auch schon in anderen Verwaltungen erlebt –: Das macht die Senatorin alles selber. Das kann ja auch der Grund sein. Deswegen sage ich: Ich will gar nicht spekulieren. Aber vielleicht können Sie dazu auch noch etwas sagen.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich bitte um etwas Ruhe! – Ich habe noch zwei Personen auf der Redeliste. Zunächst Herr Schneider – bitte!

Torsten Schneider (SPD): Es wird uns nicht gelingen, das ohne politische Phrasendrescherei zu beleuchten. – [Heiterkeit] – Ich halte das für ausgeschlossen. Das liegt in der Natur der Sache, das weiß ich seit der letzten Plenarsitzung. Ich glaube, da war es die AfD, die irgendwie bei meinem Redebeitrag, den ich völlig neutral fand, irgendwas von AWO reinrief. Dann musste ich natürlich auf Ihre Spendensache reagieren. Jetzt habe ich aber gehört, die Grünen haben das gleiche Thema gemacht im Gesundheitsausschuss. Insoweit ist die Erkenntnis für mich völlig klar, das geht gar nicht ohne politische Begleitmusik. Insoweit glaube ich, ohne dass wir in den Revisionsbericht reingucken und die Fragen von Frau Kollegin Jasper-Winter und der CDU hier noch beantworten, brauchen wir hier einfach nicht weiterzumachen. Das ist ja albern.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Kollege Goiny! Zu der Frage, welche Mitarbeiter welcher Verwaltung hier kommen, hatten wir schon einen Austausch in der Sprecherrunde. Wir brauchen eine politische Leitung des Hauses, die haben wir hier, und die Senatorin entscheidet, wen sie mitbringt. Punkt. Es gibt sozusagen nicht das Recht einer Fraktion, sich auszusuchen, welche Staatssekretäre hier antanzen oder welche Behördenleiter. Insofern ist es eine ganz normale

Geschichte. – [Zuruf von Daniel Wesener (GRÜNE)] – Ich weiß! Das hatten Sie ja schon mal deutlich gemacht, dass es eine rein fürsorgliche Frage war Ihrerseits. Das wollte ich hier noch mal betonen, dass es rein fürsorglich war.

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt hat Frau Senatorin das Wort – bitte schön! – Ich bitte um Ruhe!

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS): Vielen Dank! Damit Sie nicht länger spekulieren müssen, freue ich mich, dass ich heute in öffentlicher Sitzung einige Fragen sofort beantworten kann.

Ich bin als Senatorin nicht vom Himmel gefallen, sondern ich war über viele Jahre, Herr Bachmann, politisch aktiv. Politisch aktiv in dieser Stadt sogar über viele Jahrzehnte. Berlin ist auf eine Art und Weise ein Dorf, das heißt, ich kenne viele Teile der politischen Akteurinnen und Akteure dieser Stadt, wie es auch vielen Menschen geht, die in diesen Reihen sitzen. Deshalb, um es einmal klar und deutlich zu sagen, kenne ich beispielsweise Akteurinnen und Akteure aus dem Stadtteilzentrum Steglitz-Zehlendorf, und ich kenne sehr viele Menschen aus den Strukturen der Flüchtlingsunterstützung, unter anderem auch von „Berlin hilft“. Ich habe keine besonderen Verhältnisse zu einzelnen Personen, um das ganz deutlich zu machen. Weder bin ich mit denen verwandt, verschwistert, verheiratet, sonst irgendwas, noch bin ich mit ihnen befreundet. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt: Mein Wunsch war es nicht, Haushaltsrecht zu brechen, um es auch mal klar zu sagen. Ich finde auch nicht, dass ich Haushaltsrecht gebrochen habe. Ich habe eingangs gesagt, welches Problem wir haben. Das kann man unterschiedlich bewerten und das werden jetzt auch andere bewerten, wie Sie wissen, ob Haushaltsrecht gebrochen wurde und in welcher Art und Weise von mir Haushaltsrecht mit Absicht gebrochen wurde. Aber mir muss hier niemand sagen, ganz egal, der Zweck heiligt die Mittel, „Berlin hilft“ sollte sein Geld kriegen, koste es, was es wolle. Nein, das war nicht so. Ich bitte Sie, in Zukunft dies zur Kenntnis zu nehmen und vielleicht diese verschwommenen Fragen zu lassen. Es ist immer ein bisschen was, das wissen Sie auch, da bleibt auch immer ein bisschen etwas hängen. – Ich habe auch kein Geld eingesteckt, falls das irgendjemand glaubt.

Ich versuche jetzt, die anderen Fragen zu beantworten, werde Ihnen aber auch immer dann sagen, wo ich Ihnen nicht mehr konkret antworten kann, weil es in den vertraulichen Teil gehört, bzw. weil im Revisionsbericht dazu Genaueres steht. – Herr Melzer, Sie hatten gefragt, was denn jetzt eigentlich alles passiert ist, nach Rückforderungen und Ähnliches. – Ich verweise auf den vertraulichen Bericht, den wir Ihnen heute vorgelegt haben mit der roten Nr. 3448. Da stehen hinten vier Punkte am Ende, da ist aufgelistet, was in die Wege geleitet worden ist. Da es ein vertraulicher Bericht ist, muss ich es Ihnen nicht beantworten, Sie können es möglicherweise nachlesen.

Ich gehe jetzt noch mal einen Schritt zurück. „Berlin hilft“ hat – ich weiß jetzt nicht, wann der Masterplan kam, ich glaube, es war 2016 – damals von dem Masterplan von Rot-Schwarz das erste Mal Förderung bekommen. Das ist das, was ich vorhin schon gesagt habe, die Lottomittel, die beim Paritätischen Wohlfahrtsverband waren, wozu dann der Rechnungshof gesagt hat: So könnt ihr das nicht machen. – Also „Berlin hilft“ wurde jetzt nicht durch mich als Senatorin das erste Mal gefördert und dass ich das angewiesen habe, sondern „Berlin hilft“ hat

vorher schon Geld bekommen. Es gab den Wunsch, auch das hatte ich gesagt, dass diese Strukturen, die Flüchtlingsstrukturen, unterstützt und gefestigt werden.

Ich hatte Sie im Dezember des letzten Jahres unaufgefordert, glaube ich, darüber informiert, dass wir die interne Revision eingeschaltet haben. Damit wollte ich übrigens noch mal deutlich machen, dass auch ich diesen Vorgang, und die Hausleitung insgesamt, sehr ernst nehmen. Ich hatte damals – Sie können es im Protokoll nachlesen – darauf hingewiesen, dass ich die interne Revision auch – Anders herum, wir haben ja ein Wortprotokoll, dass ich es richtig sage: Ich habe den Staatssekretär Fischer gebeten, diesen Vorgang an die interne Revision zu geben. Warum? – Um auch das noch mal zu sagen: In den Presseberichten gab es Vorwürfe gegen Staatssekretär Tietze und gegen mich, und um da nicht eine Befangenheit zu konstruieren, habe ich gesagt, Staatssekretär Fischer, der mit diesem Vorgang bis dato nicht zu tun hatte, und im Übrigen auch nie etwas angewiesen hat oder Ähnliches – stand übrigens so auch nicht in der Presse, sondern es war immer nur von einem Staatssekretär die Rede –, dass Herr Fischer sich dessen annimmt.

Ein Punkt, es an die interne Revision zu geben, vielleicht wird hier noch mal deutlich, dass ich kein Haushaltsrecht gebrochen habe oder nicht brechen wollte – das müssen andere entscheiden –, war, dass der Weg 2017 – das war auch eine Ihrer Fragen – mit der Finanzierung von „Berlin hilft“ mit der Verwaltung vereinbart wurde und dass es da keine rechtlichen Bedenken gab, diesen Weg der Finanzierung über das Stadtteilzentrum zu gehen.

2018 ging die Förderung an das LAF. Vorher war die in der Abteilung III angesiedelt. Jetzt müssten wir entweder die Vertraulichkeit herstellen oder über den Revisionsbericht reden, der Ihnen nicht vorliegt, aber 2018 ging es an das LAF. Das werden Sie dann lesen können. Das LAF hat dann Bedenken formuliert.

Die interne Revision hatte natürlich auch die Aufgabe, aufzuzeigen und zu untersuchen: War dieses Konstrukt der Finanzierung eigentlich richtig? Was ist bei der Umsetzung schief gelaufen, ist überhaupt irgendwas schief gelaufen? – Deshalb kann ich heute sagen: Ich glaube, wir stehen vor einem prinzipiellen Problem, dass wir in der Zwischenzeit in dem zivilgesellschaftlichen Engagement Strukturen haben, wo eine Förderung, wo wir uns einfach noch mal überlegen müssen, wie wir eine Förderung hinkriegen, die eben auch bestimmte Dinge ausschließt. Deshalb die interne Revision, um hier einmal Klarheit zu kriegen. Ich hoffe, Sie glauben mir und sehen daran auch, dass wir dies sehr ernst genommen haben.

Jetzt haben Sie mir gesagt, ich soll das alles mal bewerten. Das finde ich jetzt sehr schwierig, weil in der Zwischenzeit andere Strukturen eingeschaltet wurden, um das zu bewerten. Deshalb werde ich hier gar nichts bewerten, sondern das obliegt jetzt der Staatsanwaltschaft, die sich die Unterlagen hat kommen lassen. Das können wir nicht in öffentlicher Sitzung weiter diskutieren.

Jetzt gab es, glaube ich, noch mal Fragen Innenrevision – – Halt, Moment! Ich gucke jetzt mal den Staatssekretär an. Es gab noch Fragen, wozu er noch mal etwas sagen sollte. – Der Staatssekretär wird noch mal sagen, was eine Innenrevision ist und ich gucke mal, ob wir noch Fragen zu dem anderen Vorgang hatten.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Fischer!

Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS): Es gab zum einen die Frage, zu der würde ich gern etwas sagen, die hat, wenn ich es richtig erinnere, Herr Zillich aufgerufen bzw. hat einen Berichtsauftrag angeregt, der den Weg nach vorn beschreibt. Das war, glaube ich, der Punkt, der der Senatorin gerade entfallen war. Dazu gibt es in der Tat auch in unserer Verwaltung – das war auch ein wesentlicher Punkt, eine wesentliche Konsequenz, die wir aus dem hier schon mehrfach genanntem Revisionsbericht gezogen haben – die Auffassung, dass es notwendig ist, einen rechtssicheren Weg nach vorn zu beschreiben: Wie können wir, wie kann das Land Berlin die Vernetzung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge künftig fördern? – Dazu gibt es Vorarbeiten, die wir Ihnen auch gern in einer der nächsten Sitzungen berichten.

Dann war die Frage, was ist eine Revision. – Das ist, ich will hier nicht Verwaltungsrecht zitieren, eine Revision landläufig gesprochen dreht sich natürlich darum, die Rechtmäßigkeit von Verwaltungshandeln zu bewerten bzw. entsprechende Urteile abzugeben. Was man, glaube ich, nicht sagen kann, das ist sozusagen kein Vorgang, der nur einmal im Jahr vorkommt, sondern es kommt schon ab und zu vor. Aber es ist auch kein Vorgang, der in irgendeiner Form einer Art Selbstüberprüfung irgendwie nahekommt, sondern es geht am Ende des Tages darum, dass sich hier Kolleginnen und Kollegen in den Senatsverwaltungen sehr genau anschauen, Verwaltungsprozesse vorgangsbezogen, und dann auch ein Urteil dazu abgeben, ob die Dinge rechtmäßig gelaufen sind oder nicht. Auch das steht dann in den Akten. Es ist jetzt nicht so, dass das in irgendeiner Form versenkt wird, sondern wenn man einen Vorgang genau aufarbeiten will, wenn man ihn transparent aufarbeiten will, dann nimmt man eine solche Revision vor. – Genau das war unsere Absicht.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay! Vielen Dank! – Ich schlage jetzt vor, es an dieser Stelle sein zu lassen und dass wir die vertraulichen Dinge mitnehmen, bis es den Revisionsbericht gibt und dann vielleicht für heute schließen. – Okay, ich höre keinen Widerspruch. Dann vertagen wir uns und verfahren so. – [Zurufe] – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Um das hier zu sagen: Wir könnten mit dem Verfahrensvorschlag leben. Wir gehen davon aus, dass wir es zur nächsten Sitzung vertagen. Wir gehen weiter davon aus, dass dann der Revisionsbericht vorliegt und dass wir bis Freitag Fragen einreichen können, die dann auch zur nächsten Sitzung mitbeantwortet werden und wir dann die Diskussion im April fortsetzen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich habe jetzt so viel Historisches und Biografisches gehört, aber mich interessiert einfach nur als Rahmen: Was war denn die Rechtsgrundlage für die Zahlungen, der Tatbestand und die Zweckrichtung, damit wir wenigstens einmal orientieren, auf welcher Grundlage da Zahlungen geflossen sind und mit welchem Zweck.

Das hätte ich gern einmal kurz beantwortet. Das finde ich in den Berichten nicht, das gehört aber dazu zu solch einem Vortrag.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich hatte eigentlich gesagt, dass wir vertagen und dass es an der Stelle geschlossen ist. – [Zurufe] – Okay! Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS): Die Grundlage war die Landeshaushaltsordnung, § 44 sagt der Staatssekretär, glaube ich ihm. Das war die Grundlage, auf der die Zahlung erfolgte. Das Ziel war, eine Vernetzung der Flüchtlingsorganisationen, der Unterstützungsstrukturen der Geflüchteten in dieser Stadt hinzubekommen, und zwar über bestimmt Leistungen, die erbracht werden. Das kennen Sie, Herr Lux, auch. Sie kennen die Internetseite von „Berlin hilft“, Sie kennen auch Facebook und Twitter, und Sie wissen auch, dass es dort entsprechende Beratungen gab von Einzelfällen, aber auch Unterstützungsstrukturen, Diskussionsveranstaltungen und Ähnlichem. Dies alles diente der Vernetzung der jeweiligen Strukturen. Das war das, was hier im Hause auch beschlossen wurde mit dem Gesamtkonzept. Wenn es denn noch Fragen gibt, können Sie die noch schriftlich stellen.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay. Dann wird das an dieser Stelle vertagt. Die CDU hat noch Fragen angekündigt. Das Recht gilt natürlich für alle in diesem Raum. – Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt. Er wird vertagt.